

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (E. S. Nr. 29, Hamburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 $\frac{1}{2}$ in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 4. März 1893.

Inserate die viergespaltene Beilagsseite oder deren Raum 20 $\frac{1}{2}$ Redaktion und Expedition: Nürnberg, Weizenstraße 12.

Ein Arbeitsamt.

Aus England.

Das energische Vorgehen der Arbeiter, besonders ihr Losagen vom Liberalismus und die Begründung einer eigenen — sozialistischen — Partei trägt rasch Früchte, mindestens ist die Regierung gezwungen, Versprechungen zu machen, welche weitgehend sind als die früheren. Daß sie auch ihr Wort hält — das zu erzwingen, wird Sache der Arbeiterpartei sein; läßt sie sich vom alten liberalen Veröhnungsdeserats zu leisten, willig dem Ministerium des Handels zu leisten, so wird sie der Liberalismus wie stets bisher um ihre Rechte pressen; wird sie dagegen immer kräftiger sich organisieren und opponieren, dann wird sie auch sehr rasch an's Ziel gelangen.

Der englische Handelsminister Mundella erklärte, ein wirkliches Arbeitsamt errichten zu wollen.

Werbings sieht es mit dieser Wirklichkeit nur illusorisch aus, da er vorläufig nur mit den Vertretern der alten Gewerkschaften und Genossenschaften verhandelte. Inzwischen hat das von ihm aufgestellte Programm ein allgemeines Interesse.

Die Arbeit des Sammelns, Verarbeitens und Publizierens von statistischen und anderen Informationen über die auf die Arbeitsverhältnisse bezüglichen Fragen wird in Zukunft einer gesonderten Sektion des Handelsamts übertragen werden. Diese Sektion wird die Aufgaben der jetzigen Handelsabteilung im Gewerbeamt übernehmen und aus drei verschiedenen Abteilungen — Departements — dem Handels-, Arbeits- und statistischen Departement — bestehen, unter der Aufsicht des Herrn Giffen als Generalkontrollenr.

Der besondere Stab im Zentralbureau des Arbeitsdepartements, das ein eigenes Gebäude bewohnen wird, wird aus einem Arbeitskommissar (für die allgemeine Leitung des Departements), einem Hauptsekretär (wörtlich „Korrespondent“) und drei weiteren Sekretären, wovon der eine weiblichen Geschlechts sein soll, und etwa 30 Schreibern bestehen.

Zu einer Anzahl großer Provinzstädte werden Ortssekretäre ernannt werden, so weit als möglich in denselben Zentren, die als Sitze der Fabrikinspektion in Aussicht genommen sind. Diese Ortssekretäre haben die Pflicht, das Departement über alle wichtigen Vorgänge in ihrem Distrikt, welche die Arbeit betreffen, auf dem Laufenden zu erhalten, und, wo erforderlich, die Untersuchung des Zentralbureaus durch lokale Erhebungen zu unterstützen. Eventuell sollen den so geschaffenen Ortsämtern noch weitere Aufgaben übertragen werden.

Neben der Fortführung und Ausdehnung der bis jetzt vom Arbeits- und anderen Sekretären des Handelsdepartements in Bezug auf Sammlung von Material über Löhne, Streiks, Gewerksvereine, Einwanderungen, Arbeitsstunden etc. ausgeführten Arbeiten sind zur Zeit haupt-

sächlich folgende Unternehmungen in Aussicht genommen:

1. Herausgabe einer „Arbeiterzeitung“ — „Labour Gazette“ — die zunächst monatlich, später vielleicht häufiger erscheinen soll. Ihr Zweck soll die Lieferung von genauen Informationen sein über Fragen, die für Arbeiter und Arbeiterinnen von besonderem Interesse sind. Der gegenwärtig vom derzeitigen Arbeitssekretär, Herrn Burnett, herausgegebene Monatsbericht über den Stand des Arbeitsmarktes der „gelernten“ Industrie wird so in der „Gazette“ in erweiterter Form erscheinen. Ebenso soll Bericht erstattet werden über die im Laufe des Monats begangenen, fortgeführten oder beendeten gewerblichen Streitigkeiten, über gewerbliche Abmachungen, wie Schiedssprüche, Abänderungen von gleitenden Lohnlisten, Verteilung der Renten unter verschiedene Gewerbe.

Ferner soll veröffentlicht werden ein amtlicher Auszug aus den Berichten der Fabriks- und Bergwerksinspektoren an das Ministerium des Innern über den Stand der Arbeit in ihren Distrikten, soweit es unter den Bereich ihrer Thätigkeit fällt, über Unfälle, Ausführung des Fabriks- und Bergwerksregulierungsgesetzes und, soweit es möglich ist, auch über wichtige Verfügungen etc. auf Grund des Haftpflichtgesetzes, über Maßnahmen von Lokalbehörden mit Bezug auf die Werkstatthygiene und die Anwendung der Gesetze über Behandlung der Armen. Von wichtigen Versammlungen und Konferenzen, z. B. den Konferenzen der Gewerksvereine und der Genossenschaften, den Meetings der Bergarbeiterdelegation, von den internationalen Kongressen über Arbeiterfragen soll gleichfalls Notiz genommen werden.

Vom Hauptregistrator der Friendly Societies soll ein monatlicher Bericht über alle Gewerksvereine, Arbeitergenossenschaften und Hilfskassen, die während des Monats angemeldet wurden oder sich auflösten, geliefert werden.

Zu gleicher Weise sollen Berichte über die Verhältnisse der Landarbeiter, über die Wirkungen der Gesetze in Bezug auf die länderlichen Unwesen und Ackerlose, über den weiblichen Arbeitsmarkt, über den Stand der Verhältnisse in gewissen unregelmäßigen Industrien etc. beschafft werden. Daneben Statistik über den Pauperismus (Verarmung), über die Sparkassen, das Unterrichtswesen (besonders in gewerblicher Hinsicht), Export und Import, der durchschnittlichen Detailpreise der wichtigsten Verbrauchsgegenstände der Arbeiterklasse, wie der Engrospreise der wichtigsten Weltmärkte. Von bedeutenderen Vorgängen im Auslande, die sich auf die Arbeiterangelegenheiten beziehen, soll Notiz genommen und eine Liste der in England und im Auslande erscheinenden amtlichen Publikationen in Bezug auf Arbeiterangelegenheiten gegeben werden, zugleich mit kurzen, leichtverständlichen Auszügen aus diesen Veröffentlichungen, die gleich einer Zusammenstellung der im Inland und Auslande geschaffenen Gesetze, die für die Arbeiterklasse von Bedeutung sind.

Die „Labour Gazette“ soll monatlich 1 Penny (8 $\frac{1}{2}$ S) kosten und an Volksbibliotheken, Arbeiterorganisationen, Arbeiterbildungsvereine, Handelskammern etc. umsonst gegeben werden.

2. Von Zeit zu Zeit wird das Arbeitsdepartement Spezialuntersuchungen veranstalten über wichtige Fragen, welche die Arbeiterverhältnisse betreffen und in Bezug auf die bisher keine genügende Auskunft zu haben ist. Als dahin gehörende Gegenstände der Untersuchung sind in Aussicht genommen:

a) der Umfang und die Ursachen der Auf- und Abbewegungen der Beschäftigungsgesamtheit in gewissen unregelmäßigen (Saison-) Industrien und ihre Auswirkung auf die Bedingungen und die Leistungsfähigkeit der beschäftigten Arbeiter.

b) Zusammenstellung der in England und außerhalb gemachten Versuche, durch behördliche Beschaffung von Arbeit, durch Nothstandsarbeiten, municipale oder nationale Werkstätten, Ackerbaukolonien oder dergleichen, Nothstände zu lindern sowie der Ursachen des Fehlschlagens oder Gelingens dieser Versuche.

c) Gewisse Fragen über die Verhältnisse der Kinderarbeit innerhalb und außerhalb der Fabriken.

d) Berichterstattungen über die Wirkungen schädlicher Arbeitsprozesse in gewissen typischen Gruppen der ungesunden Gewerbe, wie Töpfereien, Bleiweißwerke, Messerschleiferei, chemische Fabriken etc. möglichst sowohl vom statistischen wie vom wissenschaftlichen und medizinischen Gesichtspunkt aus.

Andere wichtige Gegenstände, die ebenfalls Spezialuntersuchungen erheischen mögen, sind: Die ökonomischen Wirkungen der Einwanderung Fremder, die verschiedenen Methoden der Lohnzahlung und Regulierung (z. B. gleitende Listen, Gewinnbeteiligung, genossenschaftliche Arbeit etc.), die Arbeit verheirateter Frauen, die Kosten des Lebensunterhalts, die Arbeitsstunden, Ueberzeitarbeit etc.

3. Das Arbeitsdepartement wird bereit sein, gelegentlich vom Parlament angeordnete Untersuchungen über Arbeiterfragen zur Ausführung zu bringen.

4. Das Departement beabsichtigt, jährlich einen Bericht über seine Thätigkeit herauszugeben, der möglichst so abgefaßt werden soll, daß er ein handliches Nachschlagebuch für Arbeiter mit Bezug auf die Hauptfragen bildet, welche das Departement im Lauf des Jahres beschäftigt haben.

Das Programm übertrifft das der deutschen Regierung sehr bedeutend; die parlamentarische Kommission für Arbeiterstatistik, die in Deutschland errichtet ist, hat einen weit beschränkteren Wirkungsbereich, und wenn das englische Arbeitsdepartement seine Schuldigkeit thut, kann es treffliche Waffen für den Befreiungskampf der Menschheit liefern. Gleichzeitig mit Herrn Mundella machte dessen Kollege Asquith, Staatssekretär des Innern, einer Deputation von weiblichen Gewerkslehrern die Mitteilung, daß er beschloffen

habe, neben den bestehenden Fabrikinspektorstellen zwei für weibliche Fabrikinspektoren einzurichten mit einem Anfangsgehalt von 4000 und 6000 M. Dies sei aber nur eine kleine Abzahlung, denn es müßten überhaupt mehr Fabrikinspektoren eingestellt werden und unter ihnen auch mehr Frauen angesichts der großen Zahl weiblicher Arbeiter.

Das sind thatsächliche Fortschritte — und sie wurden dadurch erleichtert, daß Arbeiter auch energisch ihre Rechte forderten. Freilich, auch das beste Programm eines Arbeitsamtes kann nichts helfen, wenn nicht durch die Arbeiter selbst bei den politischen Wahlen dafür gesorgt wird, daß das Programm auch zur Durchführung gelangt! Die mächtige aufspritzende sozialistische Bewegung wird aber dafür schon sorgen.

Zu den Einrichtungen der öffentlichen Gesundheitspflege

gehören mit in erster Reihe die der Krankenpflege gewidmeten Anstalten. Aber die meisten dieser Anstalten lassen rücksichtlich ihrer Einrichtungen, ihrer Krankenbehandlung etc. noch sehr Vieles zu wünschen übrig. Oft genug ist über schlimme Mißstände und Mißbräuche in den Krankenhäusern zu berichten. Als wichtiger Zweig der öffentlichen Gesundheitspflege ist das Krankenhauswesen in jeder Hinsicht noch außerordentlich reformbedürftig. Die nothwendigen Reformen energisch auszuführen, hat die Berliner Arbeiter-Sanitäts-Kommission als eine ihrer hauptsächlichsten Aufgaben erkannt, und sie hat dementsprechend eine nachahmenswerthe Praxis eingeschlagen. Im „Vorwärts“ forderte sie kürzlich die Genossen, welche böse Erfahrungen in den Krankenhäusern gemacht haben, bzw. machen sollten, zur Berichterstattung an die Kommission auf. Wir unsererseits möchten hiermit dazu beitragen, daß dieser Aufforderung auch in den Kreisen unserer Leser entsprochen wird.

Mit Recht betont die Kommission in der Begründung ihrer Forderung, daß die Krankenhaus-Verhandlung immer größere Bedeutung gewinnt; einmal werden immer weitere Kreise in Folge der Verschlechterung ihrer ökonomischen Lage, unzureichender Wohnungsverhältnisse und häuslicher Pflege auf das Krankenhaus angewiesen, und andererseits wächst mit der fortschreitenden Erkenntnis das Gebiet der ansteckenden Krankheiten, welche Absonderung von den Gesunden erheischen, von Jahr zu Jahr mehr an. Die Krankenhaus-Verhandlung resp. die Behandlung in Kurorten und Sanatorien ist ungewisshaft die Behandlung der Zukunft für alle schweren Störungen der Gesundheit, sie wird auch bei jedem größeren operativen Eingriff, Entbindungen etc. an die Stelle der häuslichen Behandlung treten, da die Beobachtung der peinlichsten Sauberkeit, der Assepsis und Antiseptis, nur dort strikte durchgeführt werden kann.

Auch in den besitzenden Klassen macht sich bereits diese Entwicklung geltend, von Jahr zu Jahr mehrt sich die Zahl der luxuriös ausgestatteten Privat-Heilanstalten und Sanatorien. Dagegen werden die öffentlichen Anstalten fast ausschließlich von den besitzlosen Klassen benutzt und tragen deshalb in ihrem ganzen Zuschnitt, in Behandlung und Verpflegung mehr oder weniger deutlich den Stempel der öffentlichen Armenpflege an sich. Hat ja bis vor Kurzem noch die unentgeltliche Verpflegung in städtischen Krankenhäusern Berlins den Makel der Unterstützung aus öffentlichen Mitteln, den Verlust des Wahlrechts, zur Folge gehabt. „Die Aufnahme in ein Krankenhaus muß jedem Kranken, der dessen bedarf, frei stehen, gleichviel, ob er Geld hat oder nicht, ob er Jude oder Heide ist. Meldet sich jemand zur Aufnahme, so handelt es sich nur darum, ob er krank ist, und ob seine Verhältnisse die Aufnahme in ein Krankenhaus verlangen. Bis jetzt war es aber umgekehrt; man fragte zuerst, ob der Mensch bezahlen könne, oder ob ein Anderer für ihn zu bezahlen die Verpflichtung habe; und nur im äußersten Nothfalle, wo es geradezu negativer Mord gewesen sein würde, Jemanden abzuweisen, entschied man sich zuweilen für „vorläufig“ unentgeltliche Aufnahme. Wie in dem Armenwesen überhaupt, so suchte auch in dem Krankenwesen einer seine Verpflichtungen immer dem Anderen zuzuschreiben und die Anmeldebureau der Krankenhäuser haben leider den üblen Ruf, den sie besitzen, verdient, weil in ihnen nicht die christliche Barmherzigkeit, nicht die soziale Brüderlichkeit, nicht das natürliche Recht, sondern nur der starre Altkonformismus zu Hause war.“ So schrieb Virchow 1848, und heute noch findet in vielen Krankenhäusern nach wie vor die Aufnahme nur gegen Bezahlung statt, in allen werden Unterschiede zwischen erster und zweiter Station, zwischen Kranken, die wenig, und solchen, die mehr bezahlen, gemacht, in allen besteht das heisse Bestreben, Einnahmen und Ausgaben möglichst gegeneinander zu balancieren. Noch heute herrscht in den Anmeldebureau vieler Krankenhäuser jener bureaukratische Geist und Unteroffizierston, noch heute kommt es vor, daß Kranke stundenlang in diesen Bureauen warten müssen, ja sogar — eine solche Meldung liegt uns vor — nach vier Stunden langem Warten, trotz vorheriger Zusage der Aufnahme, wieder fortgeschickt werden „wegen Platzmangels“. Die Kranken verbleiben nicht so lange in der Anstalt, als es ihr Zustand erfordert, sondern werden vielfach „gebessert“ entlassen, weil neue Aufnahmen drängen.

All diese Schranken einer wirklichen Hygiene gehören zum Wesen der bürgerlichen Gesellschaft und werden erst mit ihr fallen. „Es darf gar nicht in Frage kommen, wie viel Geld eine solche Anstalt kostet. Entweder erkennt man die Verpflichtung der Gesamtheit, des Staates und der Gemeinde, an und dann muß auch das Geld geschafft werden, oder man erkennt sie nicht an, aber dann sage man nicht erst, daß eine öffentliche Gesundheitspflege existiere.“ (Virchow 1848.)

Erst in der sozialistischen Gesellschaft wird die völlige Unentgeltlichkeit der gesamten Krankenpflege eine selbstverständliche Leistung der Gesamtheit sein — selbstverständlich, da die Gesamtheit den Nutzen einer schnellen und gründlichen Wiederherstellung aller ihrer Mitglieder hat —, wird mit den Armen die Armenpflege, die Unterscheidung zwischen zahlenden und nicht zahlenden Kranken, zwischen bürgerlichen öffentlichen und prächtigen privaten Heilanstalten verschwinden.

Zu keiner anderen Zeit wird der Widerspruch der bezahlten Krankenpflege, der Konflikt zwischen Anforderungen der öffentlichen Gesundheitspflege und be-

schränkter Bourgeois-Auffassung so augenscheinlich, als zu Zeiten von Epidemien. Dieselbe Verwaltung, die bei der Cholera den Zwang dekretiert, im Erkennungsfall, selbst im Verdachtsfall das Krankenhaus aufzusuchen, um der Weiterverbreitung der Seuche entgegenzutreten, fordert beim Verlassen der Anstalt Bezahlung sogar auch von denen, die selbst gar nicht krank gewesen, und treibt die Summe durch die Armenverwaltung ein.

Ueber die Sturmtungen und die Krankenbehandlung in der königlichen Charité zu Berlin entwirft der Bericht der Sanitätskommission ein höchst unerfreuliches Bild. Diese Anstalt verfolgt in erster Linie den Zweck, „in den Kranken Proletariern das Material zu liefern, an dem die Studierenden lernen, wie krank Bourgeois zu kurieren sind.“ Ganz besonders zur Ausbildung der Militärärzte bestimmt, trägt die Charité äußerlich und innerlich den militärischen Zuschnitt: Kasernenartiger Bau von außen und militärische Zucht im Innern, vergitterte Fenster und verschlossene Thüren mit Unteroffizieren als Gefängniswächtern — wollte sagen, Portiers und Thürschließern; stramm stehen und Ordre pariren gegenüber Arzt und Wärterpersonal, zufrieden sein bei schmaler Kost und dem Mangel oft der einfachsten sanitären Einrichtungen ist Krankenpflicht! Noch immer entbehrt in der Charité die Behandlung der Geisteskranken all' der Fortschritte, welche eine humanere Gestattung und ärztliche Einsicht seit 100 Jahren gemacht haben, weil die Einrichtungen fehlen: die mittelalterliche Zwangsjacke tritt an deren Stelle. Und wie hierüber der humane Leiter dieser Abtheilung zeitweilig geklagt, so klagt der Chirurg über die seinige: in ganz Deutschland gebe es keinen so schlechten Operationsaal, wie in der Charité, so klagt der pathologische Anatom über Mangel an Einrichtungen und Raum, in der Klinik für innere Krankheiten über Mangel an Laboratorien. Die Geschlechtskranken beschwerten sich vergebens, daß sie wie Gefangene behandelt, durch Entbehren aller Art für ihre „Sünden“ bestraft werden. Dabei ist die Charité die einzige Anstalt in ganz Berlin, die solche Kranke aufnimmt. Aus der Frauenabtheilung hören die Klagen nicht auf über die Behandlung seitens der Hebammen und Wärterinnen, auf der Kinderabtheilung hörten bis zum Bau der Holzpavillons die Fälle von Uebertragung der Kinderkrankheiten nicht auf. Strengste Hausordnungsregeln müssen von den Kranken beobachtet werden. Die Lektüre der Arbeiterblätter wird beanstandet, jede freie Regung unterdrückt.

Recht bezeichnend ist der letzte Erlass des Verwaltungs-Vorstehers der Berliner Charité an die Anstaltsärzte. Derselbe lautet:

„Der von der Charitéklasse für die ersten sechs Monate des laufenden Verwaltungsjahres 1892/93 angefertigte Semestralabschluß hat ein Defizit von M. 126,142 ergeben. Aus dem Abschluß ergibt sich ferner, daß auch in diesem Jahre bei mehreren wichtigen Statistiken erhebliche Ueberschreitungen stattgefunden haben; insbesondere sind an Verpflegungskosten M. 14,916 mehr ausgegeben, als nach dem Statsanlaß zulässig war.“

„Der Versuch, zur Deckung des Defizits aus allgemeinen Staatsfonds einen Zuschuß zu erhalten, ist fehlgeschlagen. Vielmehr ist durch Ministerial-Reskript vom 1. d. M. die Charité-Direktion angewiesen worden, mit Nachdruck darauf hinzuwirken, daß sparsam gewirtschaftet wird; namentlich soll allen unberechtigten Ansprüchen in Bezug auf die Verpflegung entgegengetreten werden.“

„Die Herren Ärzte werden deshalb auf das Dringendste ersucht, sowohl bei

der Verordnung der Krankenblätter, als auch bei der Stellung von anderen Anträgen, welche Geldausgaben bedingen, sich der thöulichsten Zurückhaltung zu befleißigen.“

Ueber die Verpflegung in den Krankenhäusern schrieb Virchow schon 1848, daß sie ungenügend sei; auch meint er mit Recht, daß bei der Krankenbehandlung in öffentlichen Anstalten das Beste gerade gut genug sei, und fügte dem hinzu: „Alle rein pekuniären Fragen dürfen in einem wohl eingerichteten Staate gar nicht aufgeworfen werden. Eine billige Sparsamkeit ist gewiß überall zu empfehlen, allein es darf nicht mehr vorkommen, daß man den Kranken die notwendigen Erfordernisse einer zweckmäßigen Behandlung vorenthält — — — oder daß man an den Kranken geizt, um den Gesunden allerlei glänzende Spielereien auf die Kleider zu nähen, wie es bei unserem Militär der Fall ist. Dieser äußere Glanz bei innerem Elend war aber der eigentliche Charakter des alten Regiments.“

Wo immer Mißstände in öffentlichen Krankenanstalten offenbar werden, da sollten die Vorstände der Krankenkassen entschieden Stellung dagegen nehmen und für die Abstellung der Mißstände eintreten. In dieser Richtung haben die Krankenkassen noch ein weites Gebiet gegenreicher Thätigkeit. Die Krankenbehandlung in den öffentlichen Anstalten zu einer möglichst guten zu gestalten, daran haben nicht nur die einzelnen Mitglieder der Klassen und deren Familienangehörige, sondern die Klassen selbst das allergrößte Interesse. Leider haben die Krankenkassen bis jetzt in dieser Richtung ihre Schuldigkeit nicht gethan. Wenn alle Klassen gemeinsam bemüht sind, die Mißstände in den Krankenanstalten anzudecken und auf ihre Abstellung zu dringen, so wird man sich an maßgebender Stelle wohl oder übel zu den nöthigen Reformen entschließen müssen.

Internationaler Gewerkschaftskongress.

Das parlamentarische Komitee der englischen Gewerkschaften, welches im vorigen Jahre von dem Trades-Unionskongress in Glasgow beauftragt wurde, für dieses Jahr einen internationalen Gewerkschaftskongress nach London einzuberufen, gibt bekannt, daß auf die Abhaltung dieses Kongresses in diesem Jahre verzichtet wird. Dagegen wird das Komitee vier seiner Mitglieder zum internationalen sozialistischen Arbeiterkongress nach Zürich senden. Dies ist der einzig richtige Standpunkt, welcher von den englischen Gewerkschaften eingenommen werden kann und wird uns dadurch bewiesen, wie Recht der Vertreter der englischen Arbeiter auf dem internationalen Arbeiterkongress in Paris im Jahre 1889 hatte, als er sagte, daß nur wenige Jahre vergehen würden und die englischen Trades-Unions werden vollständig auf sozialistischem Boden stehen. Die Theilnahme der englischen Gewerkschaften an dem Kongress in Zürich wird sicher dazu beitragen, daß die englischen Organisationen mehr ihre gesonderte Stellung aufgeben und den Arbeitern des Kontinents näher treten. Es mag ja seine Berechtigung haben, wenn der englische Arbeiter sagt, zeigt uns erst einmal, daß Ihr uns ebenbürtige Organisationen zu schaffen vermögt, und wir werden neben Euch stehen; doch ist hierbei zu bedenken, daß Organisationen nicht durch den Willen einzelner Personen geschaffen werden können, sondern daß sie aus dem Bedürfnis hervorgehen müssen. Die verschiedene Lage der Industrie in England und den Staaten des Kontinents im Anfang dieses Jahrhunderts erzeugte auch auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung verschiedene Bedürfnisse. In England erwies sich die Organisation der

industriellen Arbeiter schon damals als eine Nothwendigkeit und sie wurde geschaffen und zur Blüthe gebracht, trotzdem man alle die Mittel anwandte, welche heute die deutsche Bourgeoisie anwendet, um die Organisation der Arbeiter zu vernichten. Die Engländer können stolz auf die Kämpfe sein, welche ihre Vorfahren für die Koalitionsfreiheit geführt haben, dürfen darüber aber nicht vergessen, daß weitere Kämpfe zu führen sind und die wachsende Macht des Kapitals andere Kampfmethoden bedingt. Diese wachsende Kapitalmacht erschwert den Arbeitern des Kontinents den Kampf um die Rechte, welche die englischen Arbeiter besitzen, ganz bedeutend, während zu der Zeit, als die englischen Arbeiter noch um das Vereinerungsrecht mit der Bourgeoisie rangen, die weltbeherrschende Industrie Englands ihnen eine größere Macht in die Hand gab, als sie die Arbeiter anderer Industriestaaten in der Gegenwart besitzen. Wir sagen, daß die Organisationen aus dem Bedürfnis entstehen, wenn wir auch nicht verkennen wollen, daß ein kleiner Kreis von Personen den Anstoß zur Gründung geben muß, und bei der Entwicklung und dem Ausbau der Organisation von bedeutendem Einfluß ist. Auch die internationale Vereinigung der Arbeiter wird eine Nothwendigkeit, hervorgebracht durch den Druck der Verhältnisse, und ebenso wird es für die englischen Arbeiterorganisationen eine Nothwendigkeit, sich der allgemeinen Arbeiterbewegung, die als Endziel die genossenschaftliche Produktionsweise anerkennt, anzuschließen. Thöricht wäre es, zu glauben, die Arbeiterorganisationen irgend eines Landes vermöchten sich auf die Dauer dem Strome der allgemeinen Bewegung fernzuhalten. Die internationalen Vereinigungen der Unternehmer, die Internationalität der Produktion, sie würden diese Organisationen vernichten, auch wenn sie noch so stark sind. Es ist aber besser, der Anschluß an die allgemeine Bewegung erfolgt aus Ueberzeugung, das Gefühl der Gemeinsamkeit der Interessen wird durch die Erkenntnis der Gleichartigkeit der Lage und der Bestrebungen erzeugt, als daß erst der Druck der ökonomischen Verhältnisse die Vereinigung herbeiführt.

Der Beschluß des parlamentarischen Komitees der englischen Trades-Unions wird ja wesentlich eine Folge der ablehnenden Haltung, welche die Arbeiter der anderen Industriestaaten einnehmen, sein. Der Beschluß, an dem Kongress in Zürich theilzunehmen, wird aber jedenfalls der Erkenntnis entspringen, daß dieser Kongress die Interessen der englischen Arbeiter in Bezug auf die Arbeiterbeschäftigung und speziell des Achtstundentages zu wahren vermag. Wir wollen von dem Kongress erwarten, daß diese Annahme erfüllt wird und daß dadurch ein für allemal der Gedanke, einen internationalen Kongress zur Erörterung besonderer die Arbeiterschaft berührender Fragen einzuberufen, beseitigt wird. Dies kann geschehen, wenn man den Nationen, welche in den sozialen Reformen eine größere Garantie für die Erreichung des endgiltigen Zieles sehen, als in rein theoretischen Erwägungen, einen größeren Spielraum in der Diskussion gibt. Es wird ernstlich zu berathen sein, welche Mittel und Wege zur Ausbreitung und Festsetzung der wirtschaftlichen Kampforganisationen zu benutzen sind. Vor allen Dingen wird aber aus den Erfahrungen, welche die Arbeiter anderer Länder auf diesem Gebiete gemacht haben, festzustellen sein, wie dem Proletariat das Vereinerungs- und Versammlungsrecht gesichert werden kann. Wir Deutsche sind stolz auf unsere politische Bewegung und das mit Recht; wir blicken oft ein wenig herablassend auf die Arbeiter anderer Nationen, die nicht so weit vorgeschritten sind, trotzdem sehnen wir uns nach verblich nach einem der natürlichsten Rechte,

nach dem Vereinigungsrecht. Dieses haben die englischen Arbeiter, die oft genug von deutschen politischen Fanatikern, b. h. Leuten, die keine andere Meinung neben der ihrigen aufkommen lassen wollen, als erreaktionär und rückständig verschrieen werden.

Auch die englischen Arbeiter haben sich das Koalitionsrecht schwer erringen müssen und wir Deutsche könnten uns in dieser Beziehung ein Beispiel an ihnen nehmen. Wir sollten dieser wichtigsten Frage nicht so gleichgültig gegenüberstehen, als dies zum großen Teile noch geschieht. In der Koalitionsfreiheit liegt die sicherste Garantie, daß wir unser Ziel erreichen. Das deutsche Vereins- und Versammlungswesen erinnert tatsächlich noch so lebhaft an russische Zustände, daß wir nicht sagen können, daß es der heutigen kulturellen Auffassung entspricht. Eine einheitliche Regelung der Gesetzgebung auf diesem Gebiete, muß, wie dies auch durch die Verfassung bestimmt ist, seitens des Reiches erfolgen. Es ist unbedingt notwendig, daß die Sache von den Vertretern der Arbeiter im Parlament angeregt wird, und sei es auch nur deshalb, um dem Volke zu zeigen, wie ihm seine Rechte durch die Bevormundung der Polizeibehörden geschmälert werden. Um die Gelegenheit zur Erörterung im Parlament zu bringen, bedarf es nicht komplizierter Gesetzesentwürfe, sondern es genügt, ein Gesetz aufzustellen, nach welchem alle Beschränkungen der Vereins- und Versammlungsfreiheit aufgehoben werden. Mit der Erringung einer unbeschränkten Vereinigungsfreiheit werden auch die Organisationen politisch wie gewerkschaftlich an Ausdehnung und Festigkeit gewinnen. Wir stehen auf dem vom Genossen Liebknecht vertretenen Standpunkt: Wenn die englischen Arbeiter so weit politisch vorgeschritten wären wie die deutschen und die deutschen so organisiert, wie die englischen, dann wäre uns Beiden geholfen. Die englischen Arbeiter kommen zwar langsam aber mit unverkennbarer Sicherheit und Unaufhaltsamkeit zu dem von den Deutschen vertretenen Standpunkt, sorgen wir dafür, daß wir den Engländern in Bezug auf die Organisationen folgen und uns Beiden wird geholfen sein. Für uns Deutsche ist hierbei aber notwendig, daß wir die gewerkschaftlichen Organisationen nicht nur als eine Vorstufe für die politische Arbeiterbewegung in dem Sinne betrachten, daß wir sagen, es genügt, wenn die Gewerkschaft den Arbeiter so weit erzieht, daß er sich der politischen Bewegung anschließt, sondern wir müssen in der Gewerkschaft eine Schule sehen, in welcher der Arbeiter sich alle die Fähigkeiten und Eigenschaften aneignet, die notwendig sind, die jetzigen schweren Kämpfe zu führen und auch die noch folgenden, bedeutend schwereren Kämpfe bestehen zu können. Es ist ferner notwendig, daß man unabweislich anerkennt, daß die gewerkschaftlichen Organisationen so lange in der heutigen Form und mit der heutigen Aufgabe notwendig sind, als der Kampf mit dem Unternehmer um den Anteil an dem Ertrage der Arbeit, kurz, so lange unsere heutige privatkapitalistische Produktionsweise besteht. Jede Halbheit ist von Schaden, und wenn die Gewerkschaftsorganisationen heute nicht das sind, was sie sein sollen, und auch zum Teil schon sein könnten, so müssen wir Alle gemeinsam daran arbeiten, daß sie zu der Höhe kommen, welche sie erreichen müssen. Wird auf dem Kongress in Zürich in diesem Sinne verfahren, wird dann in dieser Weise überall weiter gearbeitet, so wird die ganz grundlose Behauptung, als bestände zwischen der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung ein prinzipieller, oder auch nur ein künstlich erzeugter Unterschied, in Zukunft nicht mehr gehört werden.

„Correspondenzbl.“

Nachmals die Geistesnahrung der Gewerksvereiner.

Unser Artikel in Nr. 6 hat den „Regulator“ zu einer Erwiderung in seiner Nr. 7 veranlaßt, die in der Hauptsache aus „Retourkutschen“ und einem Wust von nichtsjagenden Redensarten besteht, weshalb wir auf eine Entgegnung verzichten können, zumal uns die Nr. 7 zugleich wieder ein Beispiel liefert, welche „Geistesnahrung“ die Herren „Führer“ ihren Mitgliedern zu bieten wagen.

Die Herren „Praktiker“ des „Regulator“ sind natürlich darüber erhaben, sich mit „Zukunft“-problemen abzugeben, wenn anders man nicht die „Harmonielehre“ als ein nie zu lösendes Problem ansieht. Mit souveräner Verachtung sehen die Herren auf Jeden herab, der nicht an die „Macht“ der Gewerksvereine glaubt, der sich vermüht, sie für eine Spielerei zu erklären, mittelst welcher die Arbeiter genasführt werden. Die Herren schwagen den Arbeitern dagegen vor, daß wenn erst einmal die „Harmonielehre“ von den Kapitalisten begriffen und in die Praxis überführt ist, das tausendjährige Reich anbricht und ewig eitel Zufriedenheit herrscht. Der Umstand, daß die Praxis diese „Praktiker“ stets ad absurdum führt, scheert sie nichts, so etwas genirt große Geister keineswegs. Gleich einem Ibelglaubigen, der trotz aller Resultate der Naturwissenschaften an die Schöpfung durch ein überirdisches Wesen glaubt, wiederholen diese Nachbeter des kapitalistischen Evangeliums tagtäglich ihr altes Sprüchlein.

Was Wunder also, wenn den Herren die Debatte im Reichstage über den Zukunftsstaat als eine willkommene Gelegenheit erscheint, sich an dem angeblich „vernichteten“ Köwen Sozialdemokratie in Zielfußritten zu versuchen. „Das Geistesnahrung des sozialdemokratischen Zukunftsstaates“ ist der geistreiche Titel, in dem die Herren ihrer Weisheit Schluß verkünden. Nachdem sie die Sozialdemokratie auf eine Linie mit dem Spiritismus gestellt und beide als auf Übergläubigen und Schwindel beruhend erklären, meinen sie, sie könnten nicht verstehen, wie der Reichstag sich so lange bei dieser Gelegenheit aufhalten konnte. Kein Abgeordneter, und die Sozialdemokraten selbst nicht, glaubten an den sozialdemokratischen Zukunftsstaat. Doch habe eigentlich die Debatte auch „nicht geschadet“. Et was Tausend! Nicht geschadet. Warum dann erst das Bedauern darüber? Die Herren scheinen offenbar selbst nicht an die „große“ Wirkung der Reden ihres Oberpriesters Eugen zu glauben. Das verrathen sie auch zum Schluß, denn da heißt es: „Das Geistesnahrung des Zukunftsstaates wird auch trotz dieser langen Debatte weiter sein Wesen treiben, wenn auch vorläufig nicht in so starkem Maßstabe. Wenn diese Partei einen so starken Zuspruch hat, so ist dieser Umstand zurückzuführen auf die allgemeinen Verhältnisse, die sich von Jahr zu Jahr schlechter gestalten, sowie auch auf die verkehrten Maßnahmen, die immer noch von vielen Arbeitgebern und auch von den Behörden den Arbeitern gegenüber angewandt werden. So haben wir erfahren, daß kürzlich in Herrenloh bei Dübweiler sich ca. 30 entlassene Bergleute auf dem Bürgermeisteramt meldeten, die die Erlaubnis zur Auswanderung haben wollten, die ihnen jedoch verweigert wurde. Ob die Sache sich wirklich so verhält, ist uns nicht bekannt, aber angenommen es ist so, da möchten wir doch fragen, mit welchem Recht die Behörde die Auswanderung verbietet. Lohnzulage gibt man den Leuten nicht, im Gegentheil, sie werden für diese „ungehörliche“ Forderung entlassen, wollen dann die Leute anderswo Arbeit suchen, da heißt es, nein, das dürft ihr nicht. Was sollen

denn diese Leute nun eigentlich anfangen? Wir sind fest überzeugt, sobald eine Neuwahl zum Reichstage nötig ist, so stimmen diese 30 Mann für einen sozialdemokratischen Kandidaten, schon aus Unwillen über diese Ungerechtigkeit. So gibt es eine große Anzahl Wähler, die weder von Laffale noch vom ehernen Lohngesetz und dergleichen wissen, aber durch derartige Ungerechtigkeiten in die Reihen der Sozialdemokraten getrieben werden. Wenn diese ständige Debatte den Erfolg hat, daß solche falsche Maßnahmen, solche Ungerechtigkeiten seitens der Arbeitgeber und der Behörden den Arbeitern gegenüber nicht mehr vorkommen und man sich daran gewöhnt, den Arbeiter als gleichberechtigt zu betrachten und zu behandeln, so wäre der Erfolg ein großartiger; den Sozialdemokraten würde der Boden unter den Füßen entzogen und das Gespenst des Zukunftsstaates von selbst verschwinden.“

In diesen Sätzen gipfelt nun die ganze Weisheit der Gewerksvereiner. „Wenn diese ständige Debatte den Erfolg hat etc., dann“ Ja wenn! Wenn sie aber den Erfolg nicht hat, dann? — Nun dann wird die Sozialdemokratie zunehmen, ihre Anhänger werden sich vermehren. Daß die „Arbeitgeber“ in ihrer Mehrheit aber niemals dazu kommen werden, die Arbeiter als gleichberechtigt und nicht bloß als Ausbeutungsobjekte zu betrachten, das glauben die „Führer“ der Gewerksvereine selbst nicht. Allein sie müssen es ihren Anhängern immer wieder vorplappern, sonst ist's bald ganz aus mit dem Schwindel der „Harmonielehre“. Er zieht ohnehin nur noch bei denen, die nicht alle werden. Und es ist ein erschreckendes Zeichen, daß auch diese immer weniger werden und mit der Zeit ganz ansterben. Dafür ist der Ausfall der Berliner Gewerksvereinerwahlen, bei welchen auf die Kandidaten der Sozialdemokratie ca. 24,000, auf die Kandidaten der Gewerksvereiner nur ca. 1000 Stimmen fielen, der beste Beweis. Ein vernichtendes Verdikt, um so vernichtender, als die „Führer“ in Berlin den „Provinzler“ immer damit zu imponieren suchten, wie „stark“ sie in Berlin seien. Mit dieser Plunkerei hat es nun gründlich sein Ende. Und dabei hatten sie bei der Wahl noch 6 Berliner Kreisvereine und die 2 „freisinnigen“ Arbeitervereine angeblich im Gefolge. Man kann demnach auf die „Macht“ der Gewerksvereine in Berlin schließen.

Der „Gewerkverein“ ist nun in ganz fagenjämmerlicher Stimmung und sucht nach Gründen, diese Niederlage zu erklären. Zu diesem Zwecke erzählt er eine große Märchengeschichte: Den Gewerksvereiner seien die „Zettel abgenommen“ worden, sie seien „verdrängt“ worden, man habe sie mit Stachelreden „belästigt“, worin sich ein „besoffener Kerl“ besonders hervorgethan usw. Das dies Ausreden, Verdächtigungen sind, liegt auf der Hand, dagegen ist konstatirt, daß die „reulichen“ Gewerksvereiner ihre Stimmzettel in sozialdemokratische Flugblätter praktizierten, um die Meinung zu erwecken, ihre Kandidaten seien die der Sozialdemokraten. Ein schmutziges Manöver, womit bewiesen ist, daß die Herren zu ihren „Grundsätzen“ selbst kein Vertrauen haben.

Der „Gewerkverein“ meint, die Uebermacht der Sozialdemokraten war zu groß, um sie mit dem Stimmzettel zu befreieren. Darum müßten die Indifferenten für die Gewerksvereine gewonnen werden. „Mit den Waffen des Geistes“ ruft er aus, „vermögen wir der Sozialdemokratie heute schon beizukommen, bei rühriger Agitation sicherlich späterhin auch mit dem Stimmzettel!“

Das ist wahrlich das schönste Blech, das je ein Gewerksvereiner geschwätzt hat und wir kommen fast in Versuchung, den Produzenten desselben als Kandidaten für den Blechschmiedsposten im Zukunftsstaat

mit dem ultramontanen Advokaten Bachem in Konkurrenz treten zu lassen.

Mit dem — Munde sind es Haupthelden, diese „Führer“, aber ihre Thaten und Erfolge stehen im umgekehrten Verhältnis dazu.

Reichskommission für Arbeiter-Statistik.

Den Berichten über die jüngst abgehaltene Sitzung der genannten Kommission, welche mehrere Tage in Anspruch nahm, entnehmen wir das folgende:

Die Anregung eines Mitglaubens, die Erhebung über die vorhandene Arbeitslosigkeit betreffend, wurde auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen gesetzt, wie dies die Geschäftsordnung vorschreibt. Man war auch der Meinung, daß es wohl nicht möglich sei, jetzt den Umfang der Arbeitslosigkeit festzustellen, da es dazu umfassender Erhebungen bedürfte, ein Grund, dessen Stichtag haltigkeit wohl anzusehen ist.

Ueber die Feststellung des Inhaltes von Fragebogen zur Ermittlung der Arbeitszeit im Müllegewerbe entspann sich eine längere Debatte. Die vorgelegten Entwürfe erstreckten sich nur auf Getreidemühlen, während man der Ansicht war, daß die Fragen auch auf Oel- und Schneidemühlen, soweit sie in Verbindung mit Getreidemühlen betrieben werden, auszuweihen seien, da gerade in solchen Nebenbetrieben die Arbeiter am meisten angepannt würden. Ferner wollte man die Fragestellung auf die sanitären Verhältnisse ausdehnen lassen. Schließlich wurde beschlossen, zur Feststellung des Fragebogens Sachverständige zu hören.

Die Untersuchung über die Arbeitszeit im Bäder- und Konditorgewerbe hat Arbeitszeiten von 14 Stunden und mehr, ja selbst über 18 Stunden täglich ergeben, auch die Beurlaubungszeit im großartigsten Maßstabe. Der Referent, Oberregierungs-rath Schider, will Sachverständige verhört haben, um festzustellen, aus welchen Gründen die Arbeitszeit in einigen Bädereien eine so außergewöhnlich lange ist und ferner Ärzte über den Gesundheitszustand der Arbeiter in den Bädereien und über die Ursachen der Krankheiten, von welchen die Arbeiter heimgesucht werden. Ein Mitglied macht darauf aufmerksam, daß mit dem Erdbberwerden des Betriebes die Arbeitszeiten zunehmen. In den Bädereien mit 1 und 2 Gehilfen haben 64 Prozent eine Arbeitszeit von 12 Stunden und weniger, in den Betrieben mit 3 bis 5 Gehilfen sind es nur noch 37,6 Proz. und in den Betrieben mit 6 bis 9 Gehilfen nur 27,7 Prozent. Hieraus läßt sich schließen, daß bei Zunahme der Kundenschaft der Betrieb nicht vergrößert wird durch Oefen und Arbeitswerkzeuge, sondern die Arbeiter werden stärker ausgenutzt. Könnten jetzt viele Bädereien, weil sie keine große Kundenschaft haben, mit kürzerer Arbeitszeit bestehen, dann könnten es die größeren Geschäfte erst recht. Medner weist darauf hin, daß so viele Beurlaubungen vorhanden sind, daß in vier Jahren die Gehellen ersetzt werden. Regierungs-assessor Bönhoff will durch Ärzte festgestellt wissen, in wie weit die Gesundheit der Arbeiter geschädigt wird und in wie weit die Arbeit eingeschränkt werden muß, um eine Schädigung der Gesundheit der Arbeiter zu hindern. Sodann müßten Sachverständige verhört werden, um festzustellen, wie weit eine Beschränkung der Arbeitszeit möglich ist. Auch sei es erforderlich, in der ferneren Untersuchung zu ermitteln, unter welchen Bedingungen die Sonntagsruhe auf das Bädergewerbe ausgedehnt werden kann und ob es nicht erforderlich ist, von der in Abs. 4 des § 154 der Gewerbeordnung gegebenen Befugniß Gebrauch zu machen, um die Bestimmungen der §§ 134 bis 139b ganz oder theilweise auf das Bädergewerbe auszuweihen. Oberregierungs-rath Wörthshofer beantragt, in den verschiedenen Zellen des deutschen Reiches nach Auswahl des statistischen Amtes Arbeitgeber und Arbeiter, sowie thunlichst auch Vertretungen von solchen, darüber protokolllarisch zu hören, welche Arbeitszeiten der verschiedenen Klassen von Arbeitern für übermäßige gehalten werden, auf welches Maß die Arbeitszeiten der verschiedenen Klassen von Arbeitern besonders auch an den Sonntagen ihrer Ansicht nach heruntergesetzt werden könnten, welche Verringerungen in der Art der Durchführung des Betriebes oder der Betriebsanrichtungen zum Zweck einer solchen Heruntersetzung der Arbeitszeiten einzutreten hätten und welche Beschränkungen in den Ansprüchen des Publikums bei dieser Heruntersetzung stattfinden müßten. Die protokolllarischen Erhebungen sollen thunlichst durch Kommissare der Kommission für Arbeitsstatistik, im übrigen durch die Verwaltungsbehörden vorgenommen und das Ergebnis dieser Erhebungen zusammen mit den übrigen auf Veranlassung der Kommission für Arbeitsstatistik eingeholten Gutachten und Erhebungen in der Kommission für Arbeitsstatistik unter

Zugung von Sachverständigen aus dem Kreise von Arbeitgeber und Arbeitern einer Verhandlung unterzogen werden. In der weiteren Debatte wird moniert, daß bei der Umfrage die Geschäfte, welche nur Beihilge haben, nicht berücksichtigt worden seien. Dies wurde damit erklärt, daß die Beihilge (Schwerlich selbst die Fragen beantwortet hätten. v. S. 104) hält es nicht für ausführbar, die Bäckereien den §§ 184 bis 189 der Gewerbeordnung zu unterwerfen. In der noch erforderlichen Erhebung sollen die Bestimmungen nur Tatsachen mitteilen und nicht Urtheile über diese und jene Fragen abgeben. Erst dann, wenn alle Fragen ermittelt sind, wolle man zu einer Sitzung Arbeitgeber und Arbeiter hinzuziehen, um durch Rede und Gegenrede die Urtheile der Beteiligten festzustellen. Oberregierungsrat Rapp glaubt, daß eine einheitliche Arbeitszeit im deutschen Reich für die Bäcker nicht durchführbar sei. Ministerialdirektor Bohmann macht darauf aufmerksam, daß ohne den Abs. 4 des § 154 der Gewerbeordnung keine Vorschriften auf Grund des § 120e erlassen werden könnten. Sobald man die Arbeitszeit für Erwachsene und jugendliche Arbeiter verschieden regelt, habe man sich an die Bestimmungen der §§ 135 und 136 zu halten. Siegle und Hartmann wollen auf das Gutachten der Ärzte nicht zu viel Gewicht gelegt wissen, weil die Hygieniker zu anspruchsvoll seien. Der erstere befürchtet auch, daß durch eine gleichmäßige Einschränkung der Arbeitszeit die Großbetriebe auf Kosten der kleineren Bäckereien den Nutzen davon haben würden, während Regierungsrath Morgenstern feststellt, daß er sehr wünscht, ob die kleineren Bäckereien noch bestehen können, wenn eine erhebliche Einschränkung der Arbeitszeit stattfindet. Die Referenten werden beauftragt zu ermitteln, nach welcher Seite das Material noch einer Erweiterung bedarf, wie weiteres Material herbeizuschaffen ist und was die Kommission zu thun hat, nachdem das fehlende Material zur Stelle ist.

Danach wurde der Inhalt der Fragebogen zur Ermittlung der Arbeitszeit im Müllerergewerbe endgiltig festgestellt. Die Umfrage soll so eingerichtet werden, daß aus dem Kataster der Berufsgenossenschaft 10 Prozent der Abreihen herausgezogen und an diese, abwechselnd an Arbeitgeber und an Arbeiter, die Fragebogen gesandt werden.

Ueber die weitere Behandlung der Erhebungen über die Bäckereien und Konditoreien wurde beschlossen:

1. Den Reichskanzler zu ersuchen, den Bundesregierungen zu empfehlen, über nachstehend aufgeführte Punkte Erhebungen vorzunehmen und, soweit thunlich, dieselben durch die Gewerbe-Inspektionsbeamten vornehmen zu lassen:

1. von denjenigen Arbeitgebern und Arbeitern in Bäckereien, welche bei den bisherigen Erhebungen Arbeitszeiten einschließl. der Nebenarbeiten und Pausen über 12 Stunden angegeben haben, und zwar bezüglich der Betriebe mit 12-14 Stunden ungefähr 10 Proz., mit 14 bis 16 Stunden ungefähr 15 Proz., mit mehr als 16 Stunden 20 Proz., befragen zu lassen, ob und welche Hindernisse a) bezüglich der Einrichtung des Betriebes, b) bezüglich der Ansprüche des Publikums der Beschränkung der Arbeitszeit auf 12 Stunden einschließl. der Pausen und Nebenarbeiten entgegenstehen. In den herauszugehenden Formularen zu Vernehmungsprotokollen ist auch zu fragen, ob nicht durch eine Verkürzung der Pausen eine Verkürzung der Gesamtbefristigungsdauer zu erreichen wäre. Wenn solche Hindernisse vorhanden sind, welche Änderungen haben in der Einrichtung des Betriebes zu erfolgen und welche Einschränkungen hat sich das Publikum aufzuerlegen, die Hindernisse zu beseitigen? In Altona wäre speziell zu erheben, wodurch die Verkürzung der Pausen in der Zeit von Sonnabend auf Sonntag möglich gemacht wird.

2. Ungefähr 20 Proz. der gewöhnlichen Bäckereien mit längerer Arbeitszeit der Beihilge als der Gesellen über die Gründe der Verlängerung zu befragen und ungefähr 20 Prozent der gewöhnlichen Bäckereien mit kürzerer Arbeitszeit der Beihilge als der Gesellen darüber zu befragen, in welcher Weise die Verkürzung der Arbeitszeit der Beihilge erzielt wird.

3. Von den 260 Bäckereien, welche bei der Umfrage angegeben haben, daß sie vor Sonntag und am Sonntag nicht arbeiten lassen, ungefähr 10 Prozent darüber zu befragen, aus welchen Gründen sie die Arbeit von Sonnabend auf Sonntag und am Sonntag in der Regel nicht brauchen und an vielen Sonn- und Festtagen im Jahre bei ihnen der Betrieb mindestens 24 Stunden ruht.

4. 1. Von den Innungen und sonstigen Vereinigungen von selbständigen Bäckereien in ungefähr 25 größeren Städten verschiedene Theile des Reiches Anfragen einzuziehen: a) ob und welche Gründe einer Beschränkung der Arbeit auf 12 Stunden einschließl. der Pausen und Nebenarbeiten ent-

gegenstehen; b) ob etwa, wenn an einzelnen Tagen in der Woche eine längere Arbeitszeit notwendig wäre, hierfür ein Ausgleich durch entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit an anderen Tagen derselben stattfinden kann; c) ob etwa vor Festtagen und bei besonderen Gelegenheiten eine längere als die vorhergehende Arbeitszeit notwendig ist? Wenn ja, an wie viel Tagen und wie viel Stunden? d) ob es möglich ist, dem Beihilge oder jugendlichen Arbeiter unter 16 Jahren innerhalb der Arbeitszeit regelmäßige Pausen von mindestens zwei Stunden täglich oder den Höchstbetrag der Arbeit auf 2 Stunden weniger als den der Gesellen festzusetzen; e) wie viele Stunden die Arbeit an den regelmäßigen Sonn- und Festtagen ruhen kann; f) welches diese Stunden sind? g) ob es allgemein oder doch bei größeren Betrieben möglich ist, jedem Gesellen und Beihilge an jedem zweiten Sonntage von 8 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends oder an jedem dritten Sonntage volle 36 Stunden freizugeben.

Ueber die gleichen Fragen in gleicher Zahl an den gleichen Orten Anzeigen von Vertretern der Bäckergehilfen einzuziehen und zwar: a) von den Vorständen von Fachvereinen, Gewerbevereinen, Hilfskassen oder sonstigen Organisationen der Bäckergehilfen, von Ortskrankenkassen für Bäcker und zwar von den letzteren unter Ausschluß von Vertretern der Arbeitgeber; b) soweit solche Vereine und Kassen am Orte nicht vorhanden sind, von je drei Bäckergehilfen, welche von Verwaltungen der Gemeinde-Krankenversicherung und Vorständen der Ortskrankenkassen (letztere unter Ausschluß der Arbeitgeber) aus den Klassenangehörigen hierzu vorge schlagen werden.

2. Von den Ortskrankenkassen, Innungs- krankenkassen, Hilfskassen und Gemeinde- krankenkassen einer Anzahl größerer Städte ziffermäßige Angaben für das Jahr 1892 einzuziehen darüber: a) wie viel Pro- zente der diesen Klassen angehörenden Bäcker- gehilfen und Beihilge erkrankt sind, b) wie viel Krankentage durchschnittlich auf einen der Klasse angehörenden Bäckergehilfen oder Beihilge treffen, c) welche Krankheiten nach den Beobachtungen der Kassenärzte und Vor- stände vorzugsweise bei Bäckergehilfen und Beihilgen vorkommen, d) wie viele Todes- fälle auf die der Klasse angehörenden Bäcker- gehilfen und Beihilge im Jahre 1892 kamen und in welchem Lebensalter a) unter 25 Jahre, b) von 25 bis 40 Jahren, c) über 40 Jahre.

3. Das Ergebnis der unter 2 bezeich- neten Erhebungen dem Reichs-Gesundheits- amte mitzutheilen und demselben aufzutragen, ein Gutachten darüber abzugeben: a) aus welchen Gründen die Art und Weise der Be- schäftigung der Bäckergehilfen und Beihilge gesundheitsgefährlich ist; b) inwieweit die Er- krankungen derselben durch die aus den Er- hebungen festgestellte Dauer der Beschäf- tigung verursacht oder wesentlich gefördert werden; c) welche Maßregeln etwa zur Ver- hütung oder Verminderung der Gesundheits- schädigungen dieser Personen zu treffen wären.

III. Eine Zusammenstellung des Ergeb- nisses der unter 1 und 2 bezeichneten Er- hebungen und das Gutachten des Reichs- Gesundheitsamtes den Mitgliedern der Kom- mission zuzusenden und die letztere zur Schluß- beratung nochmals zu berufen.

Für diese Verhandlung als Sachverständige mit beratender Stimme (§ 5 des Regu- lativs) je zwei Arbeitgeber und zwei Arbeiter aus dem Bäckergewerbe, ferner dazu als Auskunftspersonen je vier selbständige Bäcker und vier Bäckergehilfen zuzuziehen. Die Beisitzer sollen vom Reichskanzler aus einer doppelten Zahl von Vorgesetzten gewählt werden. Zu dem Vorschlage von zwölf Arbeitgebern sollen Innungsverbände der Bäcker veranlaßt werden. Der Vorschlag von zwölf Gehilfen soll den größten Ver- einigungen von Bäckergehilfen anheimgestellt werden.

Den Beisitzern und Auskunftspersonen soll Gelegenheit gegeben werden, sich über alle Ergebnisse der Erhebungen und über die zu treffenden Maßnahmen zu äußern. Ins- besondere sollen sie auch befragt werden: a) über die Gründe und das Maß der Ge- sundheitsgefährlichkeit der Beschäftigung der Bäckergehilfen und Beihilge; b) über den Einfluß der Nacharbeit; c) darüber, ob diese Beschäftigung eine besonders anregende ist; d) ob die Einschränkung der zulässigen Be- schäftigung auf zwölf Stunden einschließl. der Pausen und Nebenarbeiten durch das Interesse der Gehilfen und Beihilge ge- boten; e) ob diese Einschränkung technisch und wirtschaftlich möglich ist und welche Änderungen in den bestehenden Verhält- nissen und Einrichtungen event. hierdurch notwendig würden; f) ob es geboten und möglich ist, für die Beihilge eine kürzere Normalarbeitszeit als für die Gehilfen einzuführen; g) ob bei größeren Betrieben eine Abkürzung der Arbeiter behufs Ab- kürzung der Arbeitszeit der einzelnen mög- lich ist; h) inwieweit es möglich ist, die Ar-

belt an den Sonn- und Festtagen zu be- schränken.

Auf Grund des hiernach vervollständigten Materials hätte die Kommission ihr Schluß- gutachten a) über die Frage der Einführung eines Maximalarbeitstages, b) über die Be- schränkung der Sonntagsarbeit abzugeben.

Nachdem vorkommende Beschlüsse gefaßt waren, wählte die Kommission einen Aus- schuß, um Vorschläge zu machen, wie am besten eine brauchbare Lohnstatistik zu erheben ist. In den Ausschuß wurden ge- wählt die Herren Dr. Hirsch, Siegle, Dr. van Schul, Dr. Wörtschhofer und Rapp.

Anträge zur General- Versammlung des D. M. V.

a) Statuten-Änderung.

§ 2. **Witten.** Hinzuzufügen: „Festsetzung eines Minimallohnes für die hausindustriellen Arbeiter, welcher zur Befriedigung ihrer sowie ihrer Familien Bedürfnisse ausreichend ist.“

§ 4. **Darmstadt.** Hinzufügen: „für weibliche Mit- glieder 5 -“ fortzuführen: „nebst einem Extra- beitrage pro Mitglied und Quartal von 15 - u. s. w.“

Witten. Die Beiträge wenn möglich zu ermäßigen.

Einzelmitglieder Hohenstein-Ernst- thal. Hinzufügen: „für weibliche 5 -“ fortzuführen: „Der wöchentliche Beitrag für verheirathete und ältere männliche Mitglieder kann 10 - betragen, wenn diese die Rechte des § 5 erst nach einem Jahr beanspruchen.“

§ 5. **Tegern i. Schf.** Dahin abzuändern, daß jedes Mitglied, das an einer bestimmten Stelle Arbeitsgelegenheit nachweisen kann, das Reisegeld per Bahn unbedingt ausbezahlt erhält.

Neuwied a. Rh. Hinzuzufügen: Den Mitgliedern ist bei Stellungsveränderung eine Eisenbahnfahrvergütung in Höhe des Fahrpreises der 4. Wagenklasse zu bezahlen.

Heidelberg. Die Unterstüßungsberech- tigten so lange zu unterstützen, bis ihnen Arbeit nachgewiesen werden kann.

Die Reiseunterstützungsangelegenheit mit den ausländischen Metallarbeiterorganisa- tionen zu regeln, ev. auf dem internationalen Metallarbeiterkongress in Zürich.

Cuttlingen. Abs. 1 so zu ändern, daß statt 26 - nur 20 - auf einer Tour aus- bezahlt werden dürfen. Die Bahnreisen- den sind nach Kilometern und nicht nach Tagen auszubahlen.

§ 6. **Bremen, Heislerberg, Neuwied, Pries-Friedrichsfort.** Den arbeitslosen, verheiratheten am Orte ansässigen Mitglie- dern eine Unterstützung zu gewähren.

Mitglied Ritter und Genossen in Chemnitz. Werthe Kollegen! Der Gedanke einer Arbeitslosenunterstützung ist kein neuer und wurde schon auf dem Frankfurter Kon- gress beantragt. Um den Verband nicht gleich bei seiner Gründung zu überlasten, sah man damals davon ab. Jetzt, nachdem der Ver- band ziemlich 2 Jahre besteht, macht sich ein solcher Schritt nach Berücksichtigung der Er- fahrung dringend nötig und zwar aus fol- genden Gründen: Ein guter Procentsatz unserer Mitglieder ist verheirathet und können diese bei etwaiger Arbeitslosigkeit den Ort nicht so leicht verlassen. Diese Mitglieder können nun dem Verbands länger als ein halbes Jahr angehören und bekommen doch bei Arbeitslosigkeit keine Unterstützung, wäh- rend der ledige Kollege unter derselben Vor- aussetzung Unterstützung erhält. Die Mit- glieder sind also gleich, aber die Rechte nicht. Der verheirathete Kollege kann oftmals am Orte mit Frau und Kind genau denselben, ja vielleicht noch größeren Entbehrungen ausge- setzt sein, als der Kollege, der noch in die Fremde gehen kann. Es ist dies ein sehr wunder Punkt, welchem unbedingt Rechnung getragen werden muß. Die verheiratheten oder am Orte bleibenden Kollegen sind sich dessen be- wußt und tragen diesen Gedanken immer mit sich oder bringen ihn bei jeder Gelegenheit, so bei Zahlung der Beiträge, zum Ausdruck. Man hat ferner beobachtet, daß diese Mit- glieder, sobald sie aus der Fühlung eines Kollegen kommen oder wenn ihnen nicht immer das Verständnis gewahrt und das In- teresse für ihre Klasse vor Augen geführt wird, aus dem Verband wieder austreten. Wenn es auch im Statut heißt: Unterstützung der Mitglieder in Nothfällen, so ist es doch nicht Jedermanns Sache, seine Noth bittend einem Zweiten vorzustellen. Die materielle Seite wird aber in der heutigen Gesellschaft von solchen Mitgliedern und von denen, die überhaupt dem Verband noch fernstehen, als Hauptsache betrachtet und muß dies natur- notwendig den Ausschlag geben, ob eine Bewegung zu der ihr gebührenden Höhe sich entwickelt.

Die finanzielle Seite wird meistens diesem Antrag entgegengehalten werden, doch wird diese nach diesen Vorschriften im Reglement nicht bedeutend und denken wir, wenn andere Verbände, so der Glaier-, Tischler-, Gutmacher-

Verband, bei gleichen und noch zum Theil geringeren Einnahmen dasselbe oder ziemlich dasselbe gewähren, kann es unser Verband auch. Nur meinen wir, muß den Verbands- beamten, Vertrauensmännern, Kassirern 2c. mehr Verantwortung für ihre Thätigkeit, hauptsächlich bei der Reiseunterstützungsaus- zahlung auferlegt werden. Nach allen diesen Ausführungen, welche sich noch bedeutend ausdehnen ließen, glauben wir unsere gute Sache einen Schritt vorwärts zu bringen und beantragen daher folgende Arbeitslosen- unterstützung:

Arbeitslosen-Unterstützungs- Reglement.

Der Deutsche Metallarbeiterverband ge- währt seinen am Orte bleibenden arbeitslosen Mitgliedern nach 14tägiger Arbeitslosigkeit folgende Unterstützung:

§ 1. Nach 104 Wochenbeiträgen (gleich 2 Jahre) pro Arbeitstag 50 - oder pro Woche 3 - bis zur Gesamthöhe von 25 -.

§ 2. Nach 208 Wochenbeiträgen (gleich 4 Jahre) pro Arbeitstag 1 - , pro Woche 5 - bis zur Gesamthöhe von 50 -.

§ 3. Hat ein Mitglied die Unterstützung in §§ 2 und 3 bis mit 2/3 ihrer Gesamthöhe erhalten, so muß bis zur nächsten Unter- stützung 1/3 Jahr verfließen sein. Die Unter- stützungen sind im Mitgliedsbuche mit dem Ortsstempel einzutragen.

§ 4. Die Arbeitslosigkeit muß dem Aus- zahlter unter Vorlegung des Abgangsattestes innerhalb 2 Tage angezeigt werden. Das- selbe gilt bei Wiedereintritt in Beschäftigung.

§ 5. Die Unterstützung erlischt sofort, wenn der Betreffende nachgewiesene Arbeit verweigert (Handlungen, welche sich auf § 3 Abs. 5 beziehen), falsche Angaben macht über die Dauer der Arbeitslosigkeit oder sogar während der Zeit der Unterstützung gearbeitet hat und den am Orte vom Verbands aner- kannten oder eingerichteten Arbeitsnachweis nicht benutzt, resp. umschauen geht.

§ 6. Sämmtliche Unterstützungen sind freiwilige und steht den Mitgliedern kein klagbares Recht zu.

Machen sich durch die vorst. Änderungen in diesem Reglement nötig, so hat diese der Vorstand mit dem Ausschuss bis zur nächsten Generalversammlung vorzunehmen.

§ 9 Abs. 2. **Bodenheim, Heislerberg.** Die Mit- glieder bei Krankheit, Arbeitslosigkeit 2c. von der Beitragsverpflichtung zu entbinden.

§ 14 Abs. 7. **Bildesheim.** Zur Befreiung 25 Prozent der Beiträge verwenden, alles Uebrige ist unverkürzt an die Hauptkasse ein- zuzahlen.

§ 15 Abs. 2. **Cuttlingen, Darmstadt, Dortmund, Neuwied a. Rh. und Einzelmitglieder zu Hohenstein-Ernstthal.** Statt 300 zu jeßen 500 und statt 150 250

Bodenheim, Bildesheim, Pries- Friedrichsfort. Statt 300 zu jeßen 600, statt 150 300.

Heidelberg. Statt 300 1000.

§ 3. **Brestan, Klempner.** Die Steuer zur Deckung der Kosten der Generalversammlung im Laufe des Jahres in zwei Raten à 15 - zu erheben.

Darmstadt. Jeder Abgeordnete erhält 7 - pro Tag u. s. w.

Das Folgende von: „Diese Kosten sind durch eine vom Vorstand auszuscheidende Extrasteuer“ u. s. w. bis ist dem Er- messen des Vorstandes anheim gegeben“ zu streichen.

Einzelmitglieder Hohenstein-Ernst- thal. Hinzufügen: „Erfrauent aufzubringen“ anzufügen: „welche 30 - pro Mitglied nicht übersteigen darf und in Raten à 10 - ein- zuziehen ist“; und weiter, hinter „so früh“: aber mindestens 8 Monate vor der Generalversammlung u. s. w.

Heidelberg. Die Delegirtensteuer in zwei monatlichen Raten im Laufe des Jahres zu zahlen.

Dortmund. Die Delegirtensteuer jähr- lich ratenweise zu erheben.

Bildesheim. Die Delegirtensteuer ist jährlich in 2 Raten à 10 - von jedem Mit- gliede zu entrichten.

Pries-Friedrichsfort. Die Delegirten- steuer soll halbjährlich oder monatlich mit- einzuführen werden.

b) Allgemeine Anträge.

Bremen. Jedem Mitglied ein gedrucktes Reiseunterstützungsreglement einzuhändigen.

Dortmund. Die verschiedenen Ortsver- waltungen zu veranlassen, alljährlich eine vollständige Statistik über Arbeits-, Lohn- und Wohnungsverhältnisse, möglichst nach Berufen getrennt, einzuliefern.

Heidelberg. Den einzelnen Verwal- tungen zu überlassen, wie sie die Mitglieder, die noch nicht 26 Wochen dem Verbands an- gehören, unterstützen.

Einzelmitglieder Hohenstein-Ernst- thal. Eine Kommission zu wählen, welche die Errichtung eines allgemeinen Arbeiter- Verbandes und den Uebertritt der bestehenden Gewerkschaften zu demselben anregt, zwecks

Erzielung größerer Leistungsfähigkeit durch bedeutende Vereinfachung der Verwaltung, Ersparnis von Porto und sonstiger Unkosten. **Verbandsorgan.**

Bremen, Dortmund, Neuviad a. Rh. Die „Metallarbeiter-Zeitung“ soll mehr wissenschaftliche und sachgewerbliche Aufsätze bringen. Dafür sollen nach Antrag Bremen die Korrespondenzen aus verschiedenen Orten wegfallen und viertel- oder halbjährlich ein Situationsbericht erscheinen.

Dortmund. Die Korrespondenzen sollen gekürzt werden.

Mitglied **Carl Sig. Nordlingen.** Allen Einzelmitgliedern ist die „Metallarbeiter-Zeitung“ statt alle 14 Tage wöchentlich zuzustellen.

Korrespondenzen.

Formier.

Dessau. Etwas von der 20. J. Dube, so genannt von den organisierten Metallarbeitern Dessau's. Es ist kaum glaublich, daß es Formier gibt, die für solchen Hungerlohn arbeiten und dennoch ist es bittere Wahrheit. Man höre: Die H. Nickel'sche Maschinenfabrik wurde voriges Jahr im April von den Gläubigern geschlossen und das Konkursverfahren eröffnet. Herr H. Nickel suchte das Weite und ließ seine Gläubiger mit langen Gesichtern zurück. Im Sommer vorigen Jahres ging diese Fabrik in den Besitz des Betriebs-Ingenieurs der Sachsenberg'schen Maschinenfabrik des Herrn Becker in Köslan über. Dieses Stablisement fährt jetzt die Firma H. Becker u. Co., worauf unsere reisenden Kollegen ganz besonders aufmerksam gemacht werden. Wir ersuchen alle reisenden Kollegen, diese Fabrik zu meiden. In derselben werden die Hungerlöhne bezahlt. Um nun der Wahrheit die Ehre zu geben, wollen wir auch nicht verschweigen, daß es für gute und tüchtige Formier noch einen höheren Lohn gibt, derselbe steigt je nach den Leistungen, aber nicht über 25 J pro Stunde. Hält nun ein Formier um Zulage an, so bekommt er dieselbe in Form eines Fremdzettels mit den Worten: „Wir bekommen Formier genug.“ Wir stehen gar nicht an dies zu bestreiten, wir dürfen nur einen Blick in diese Gießerei thun, so sehen wir, daß daselbst Leute sind, die jahrelang nicht auf der Formerei gearbeitet haben, indifferent im höchsten Grade sind. Jedes Wort, welches man an sie richtet, um unserem Verband beizutreten, ist vergeblich; sie antworten gewöhnlich: Ich verdiene zu wenig, oder: das hilft ja doch nichts. Es werden aber auch tüchtige Formier gebraucht; wenn einmal ein Stück Arbeit nach Schablone zu machen ist, so ist den vorhandenen Kräften das fremd, da bleibt weiter nichts übrig, als daß sich der Meister darüber erhasant. Wie wir hören, ist letzterer gekündigt, jedenfalls hat es den Herren nicht gefallen, daß derselbe sich einmal äußerte: „Für den Lohn bekommt man auch keinen guten Formier her.“ Nun kommt ein anderer Meister, der wird es wahrscheinlich besser verstehen, das heißt die Lohnrückerei. Nun, Kollegen, meidet diese 20. J. Dube, zeigt diesen Herren, daß wir nicht Willens sind, unser theures Werkzeug, geschweige denn unsere Knochen für solchen Lohn zu opfern; bei solchem Lohn ist es nicht möglich, als Mensch zu leben, geschweige sich auch nur das Geringste anzuwenden zu können. Oder glauben die Herren, wir könnten von der Luft leben und hätten unsere Kleider nebst Werkzeug in der Lotterie gemonnen?

Rosbach. Es ist nicht unsere Absicht, die Spalten der „Metallarbeiter-Zeitung“ in Anspruch zu nehmen, um den Lesern derselben die Berichte unserer Mitgliederversammlungen vor Augen zu führen, es sind vielmehr die „humanen“ Zustände in der im Herbst v. J. errichteten Eisgießerei von Alfred Spierling, welche wir hiermit der Öffentlichkeit überliefern, um den Kollegen allerorts die lässlichen Zustände daselbst vor Augen zu führen. Es ist der Ruf der Vergewissung, den wir ausstoßen, der Ruf nach menschenwürdigeren Zuständen. Was den Chef des ganzen Betriebes, Herrn Alfred Spierling, selbst anbetrifft, so ist derselbe — um uns kurz zu fassen, sei es mit einem Wort gesagt — ein Kapitalist, der von den praktischen Arbeiten des Betriebes im Allgemeinen wenig, von der Formerei im Speziellen keine blasse Ahnung hat. Die ganze Leitung des Betriebes liegt vielmehr ausschließlich in den Händen des Ingenieurs Mahls konzentriert. Besterer ist nun genau das Gegenteil seines Chefs, denn seinen Auslassungen nach „kennt er die Formerei von der Wiege an“ und hat bereits 200 Formier „unter sich gehabt.“ (?) Wir glauben jedoch berechtigt zu sein, hierin gewisse Zweifel hegen zu können, denn ein Mann von solch großer Wirksamkeit müßte doch auch die Lohnverhältnisse der betreffenden Branche genau kennen. Bleibt man in Betracht, daß gerade der Gesundheitszustand der Formier in Folge ihrer Arbeit an und für sich schon viel zu wünschen übrig läßt,

was ja durch die Statistik bereits zur Evidenz bewiesen ist, bedenkt man die oft schwere und anstrengende Tätigkeit derselben und das fortwährende Einathmen von Staub und Gießgasen, so muß man sich wundern, daß sich diese Leute mit einem Lohn von 12 bis 14 J abfinden lassen. Schier unbegreiflich wird es jedoch vielen der Leser erscheinen, wenn wir hiermit konstatieren, daß wir mit einem Lohn von sage und schreibe 6—8 J die Woche zu Haus gehen mußten. Bei einer Vergleichung des Akkordtarifs mit denen der übrigen hier am Orte befindlichen Gießereien ergibt sich, daß derselbe fast um die Hälfte niedriger steht, als der der letzteren. Um nun solchen traurigen Zuständen entgegenzutreten und bessere herbeizuführen, glaubten wir von dem uns im § 152 der Reichsgewerbeordnung gewährleisteten Recht Gebrauch machen zu können und traten in eine Lohnbewegung. Wir forderien die Woche 18 J bei 11stündiger Arbeitszeit, da die 10stündige nicht zu erringen war, was auch zuerst bewilligt wurde. Darnach wurde Akkord eingeführt, wozu die Bedingungen noch gar nicht gegeben waren, indem die ganze Einrichtung der Gießerei noch viel zu wünschen übrig ließ. Hierbei haben wir diese wirklich herrlichen Zustände erhalten. Was die Einrichtungen in der Gießerei anbetrifft, so wäre hier ein sehr ausgiebiges Feld, wo der Fabrikinspektor seine Wirksamkeit entfalten könnte. Besteht da beispielsweise ein richtiges Folterinstrument, Krahn genannt, wofür die Firma auf der mecklenburgischen Gewerbe- und Industrieausstellung, die im vergangenen Jahre hier stattfand, eine Medaille (aus reiner Bronze bestehend) erhielt, welcher so mangelhaft hergestellt ist, daß der Schreiber dieser Zeilen hierbei beinahe zu Tode gekommen wäre, indem beim Zuliegen eines Formkastens Getriebe von Osen herunterfielen. Wir müssen uns hierauf beschränken, da wir andernfalls wenigstens dieses Blatt für uns allein in Anspruch nehmen müßten. Wollten wir nur das Wichtigste hier wieder geben. Das Eine aber wollen wir noch bemerken, um den Lesern zu zeigen wie es hier zugeht, nämlich, daß seit Errichtung der Gießerei (19. September 1892) 4 Formiermeister und ca. 25—30 Formier hier waren. Das ist ja auch leicht erklärlich, denn nach den Aussprüchen des Herrn Mahls und eines hiesigen Kapitäns a. D. Ahrens (welcher fast ständig auf der Fabrik ist) lassen sich dieselben ja überhaupt keine Vorschriften von den Formieren machen und wenn das nicht paßt, „fliegt raus.“ — Da nun die Firma in verschiedenen Blättern annonciert läßt, um Formier bei gutem Lohn und dauernder Beschäftigung“ hierher zu bekommen, so erachten wir es für unsere Pflicht, die Kollegen auf Obenstehendes aufmerksam zu machen um den Zugang streng fern zu halten, da am 14. Februar von 6 dort beschäftigten Formieren 5 die Arbeit niedergelegt haben, weil ihnen die Forderung, den alten Lohn von 18 J wieder zu erhalten, nicht bewilligt wurde, was um so mehr zu verwundern ist, da den dort beschäftigten Schlossern dieses nicht vorenthalten ist. Ueber das Verhalten des dort gebliebenen „Kollegen“ Martin enthalten wir uns jeder Kritik, das mögen die Kollegen selbst besorgen. Wir rufen denselben zu: Schließt Euch Alle Euren Organisationen an, um solche Zustände aus der Welt zu schaffen. Wir ersuchen also nochmals um Fernhaltung des Zugangs.

Brenzlau. Ich mache die Kollegen auf einen Formiermeister Namens Schade aufmerksam, der sich in einer Weise betragen hat, wie es sich nicht gebührt. Zuerst hat er als Meister bei den Hamburger Streikbrechern fungiert, dann kam er zu uns. Nicht bloß daß er die Formier anpumpt, nein, auch Behrlinge und Arbeitsleute, welche selbst mit sich zu thun haben. Und wer ihm nichts gab, dem gab er schlechte Arbeit oder drohte mit Kündigung. Vorgen macht bekanntlich Sorgen, aber an das Wiedergeben wurde bei ihm nicht gedacht. Zu Neujahr ist er seines Amtes enthoben worden. Er ist jetzt in Neumünster, aber da wird er, wie es scheint, am längsten gewesen sein.

Geldgießer und Gürtler.

Hamburg. Die Sektion der Geldgießer, Gürtler etc. hielt am 15. Februar eine Mitgliederversammlung. Nach Verlesung des Protokolls wurde die Verathung des Statuts und Stellung von Anträgen zur Generalversammlung vorgenommen. Zunächst wurde von zwei Kollegen beantragt, dem § 4 Folgendes einzuberleiben: „Erforderlichenfalls kann der Vorstand unter Zustimmung des Ausschusses eine zeitweilige Erhöhung der Beiträge anordnen, jedoch für die weiblichen Mitglieder nur prozentual zu ihren sonstigen Beiträgen und nicht gleich den männlichen Mitgliedern. Die Erhebung von Extrabeträgen kann nur durch eine Abstimmung der Mitglieder bestimmt werden.“ Zu § 15 wurde beantragt, daß in größeren Städten, wo die Mitglieder die Zahl von 200—500 erreicht haben, 1 Delegirter, hingegen in kle-

neren Provinzialstädten, wo die Mitgliederzahl 200 nicht übersteigt, ebenfalls ein Delegirter gewählt wird. Alsdann erfolgte per Stimmzettel die Wahl der Delegirten. Zum 5. Punkt: Bericht vom Gewerkschaftsrath, theilte der Delegirte mit, daß die Anschuldiungen, welche gegen die Bäckereigerichten gestellt sind, durchaus ein jeder sichhaltigen Grundes entbehren, jedoch habe die Bäckerei durch diese unwahren Anklagen einen größeren pekuniären Schaden erlitten, sodas, wenn der Konsum sich nicht wieder hebe, Arbeiterentlassungen bevorstünden. Bei dem Punkte: Arbeitslosenstatistik, wurde noch festgestellt, daß die Mitglieder, um die Löhnen zu beden, einen Beitrag von 15 J und für die noch existierende Schuld vom letzten Zigarrenarbeiterstreik ebenfalls 20 J zu entrichten hätten. Die übrigen Punkte mußten der vorgeschrittenen Zeit halber weggelassen werden.

Klempner.

Breslau. Am 12. Februar fand die monatliche Mitgliederversammlung der Sektion der Klempner statt, welche trotz brieflicher Einladung sehr schwach besucht war, ein Beweis, wie die meisten Klempner Breslau's denken und handeln. Man kann sie überall finden, nur nicht da, wo der Arbeiter seine ganze Thätigkeit verwenden soll. Tagesordnung war Delegirtenwahl und Verschiedenes. Vor der Wahl wurde vom Vorsitzenden nochmals das Reglement verlesen, woran sich eine lebhafteste Debatte betriebs der Delegirtenenserschloß, da dieselbe verschiedenen Mitgliedern zu hoch bewiesen ist und namentlich der Passus, daß auch Arbeitslose dieselbe zahlen sollten. Betreffs der Arbeitslosen wurde darauf hingewiesen, daß denselben die Steuer gestundet werde. Ein Antrag wurde nach kurzer Debatte angenommen unter folgendem Wortlaut: Um eine Erleichterung der zu zahlenden Extrasteuern zu einer Generalversammlung den Mitgliedern des Verbandes zu machen, beantragt die Sektion der Klempner Breslau's, dieselbe im Laufe des Jahres in zwei Raten zu je 15 J zu erheben, die Zeit der Erhebung wird der Generalversammlung anheim gestellt. Die Wahl ging bei der schwach besuchten Versammlung schnell von statten, es wurden 24 Stimmzettel abgegeben, worauf der Vorsitzende die Versammlung 10 Minuten vertagte, damit jeder Wähler sich in die Liste einschreiben konnte. Die Stimmzettel lauteten auf den von der Sektion aufgestellten Kandidaten. Ein zweiter Antrag wurde angenommen: Die Sektion der Klempner beschließt, die Vorschläge der Sektion der Schlosser anzunehmen, da selbige Vorschläge zur Generalversammlung erst am 5. Februar gemacht haben, welche aber bereits vor dem 1. Februar stattgefunden haben mußten. Derselbe fand von den anwesenden Mitgliedern der Sektion der Schlosser seine Anerkennung unter dem Hinweis, daß alle Fehler bekannt gemacht werden und so dem Vertuschungssystem Abhilfe geschafft werde. Beim zweiten Punkt erkrankte Kollege Dechsel über die Bibliothek Bericht und brachte zur besseren Regelung derselben einige Statuten zur Verathung, die nach längerer Auseinandersetzung bis zur nächsten Versammlung vertagten wurden. Kollege Hübner brachte eine Anfrage, wie sich die Sektion zu einem verstorbenen Mitgliede stelle, welche auch ihre Erledigung zu Gunsten des Fragestellers fand. Da sich verschiedene Mitglieder der Sektion mit der Aufspiegelung betriebs 50 J, die sich Kollege Frank zu seinem Meister werden vom Verbandsverpflichtet haben sollte, verpflichtete gefühlt, eine Anfrage an den Hauptvorstand zu richten, ob dem so sei, die aber mit einer verneinenden Antwort beschieden wurde. Der Vorsitzende las die Antwort öffentlich vor zur Wichtigstellung der Wahr.

Nürnberg. Am 22. Januar fand die Generalversammlung der Sektion der Flaschner statt. Zum 1. Punkt gab der Bevollmächtigte Müller einen Bericht seit Bestehen der Sektion. Die Tätigkeit derselben erstreckte sich auf 32 Mitgliederversammlungen, zwei außerordentliche Mitglieder- und zwei öffentliche Versammlungen. Höhere Vorträge wurden 2 gehalten, Verwaltungsitzungen fanden 22 statt. Die Einnahme der Kasse betrug M 2068,05, davon an die Hauptkasse eingekandt 1393,22, die lokalen Ausgaben betragen 689,73, bleibt ein Defizit von 14,90. Ferner wurden 192 Kongregarmaten à 15 J verkauft. Dem Kassier Lohbauer wurde von der Versammlung Decharge erteilt. Die Bibliothek, welche stetig benützt wird, besteht aus 125 Bänden, wovon 30 neu angeschafft wurden. Es wurde sodann zur Wahl der Ortsverwaltung geschritten. Gewählt wurden die Kollegen J. Müller als Bevollmächtigter, G. Lohbauer als Kassier, W. Kraus, S. Sum, W. Pfaffsinger als Revisoren.

Metallarbeiter.

Sonn a. Rh. Am 18. Februar hielten die Einzelmitglieder des D. M. V. eine Versammlung ab. Kollege Drechmann referirte

über den Zweck und Nutzen einer Verwaltungsstelle hier am Orte. Nach dem wohlgeleiteten Referate wurde zur Gründung einer solchen übergegangen. In die Ortsverwaltung wurden vorgeschlagen: R. Wapner Joh. Erz als Bevollmächtigter, Adersstr. 21 Klempner Karl Struck als Kassier, Wiberberg 9, G. Törling, D. Gelsenbock und E. Baerel als Revisoren. Alle Sendungen an E. Struck.

Brandenburg. Am 18. Februar hielt die hiesige Verwaltungsstelle ihre Mitgliederversammlung ab. Die Abrechnung ergab eine Einnahme von M 278,80, eine Ausgabe von 209,59, Kassenbestand 68,71. Die Abrechnung der Bibliothek ergab Einnahme 157,40, Ausgabe 68,70, Kassenbestand 98,70. Als Kandidaten für die Generalversammlung sind Jul. Wegener-Brandenburg und Alb. Strache-Potsdam aufgestellt. Bei der Wahl wurde Wegener mit 87 Stimmen gewählt. Anträge zur Generalversammlung waren 3 gestellt und zwar Aenderung der §§ 9 und 15 des Statuts, welche mit großer Majorität angenommen wurden.

Chrenfeld. Da nur noch ein Gemahregelirt am Orte ist, so ersuchen wir, die Listen umgehend zurückzusenden. — Duitung: Für die gemahregeliten Metallarbeiter in Chrenfeld gingen ein: Witten M 10,—, Offenbach M 6,50.

Freiburg i. Br. Am 18. Februar hielt die hiesige Verwaltungsstelle eine außerordentliche Versammlung ab. In Bezug auf Anträge zur Generalversammlung wurde betont, man möge dieselben dem Delegirten mitgeben. In erster Linie ist es die Neubegründung der Delegirten, zweitens die Fertigstellung von Verbandspatenten, drittens Plakate für Reiseunterstützungsvorschriften, was gewünscht wird. Besteres ist gewiß notwendig, denn es kommt häufig vor, daß Mitglieder Reisekosten ausbezahlt verlangen, wozu man nicht berechtigt ist, und wenn man ihnen die Sache klar legt, glauben sie doch noch, sie kommen zu kurz. Diese Vorschriften kommen wohl von Zeit zu Zeit in der Zeitung, aber das vergessen die reisenden Mitglieder wieder. In Bezug auf das Verbandsorgan wünscht die Versammlung, daß dasselbe unbedingt in der jetzigen Form bestehen bleibe; denn wenn auch viele Nummern von den Mitgliedern nicht gelesen werden, so werden beim Einzel-Abonnement noch weniger gelesen werden, davon sind wir überzeugt. In unserem Wahlkreis wurden zwei Delegirte vorgeschlagen: Heinrich Schwarz-Rostang und Anton Koch-Freiburg.

Grünberg, Schlesien. Kollegen, warum verhältet Ihr Euch so flau gegen die Organisation? Sind Eure Verhältnisse wirklich so glänzend, weil Ihr einen Fabrikbesitzer einen Facelzug veranlaßt? Der Lohn ist ja nicht ausgeblieben, indem Euch, wenn Ihr Sonntags um 7,10 zur Arbeit kommt, nur von 8 Uhr an bezahlt werdet. Kollegen rafft Euch auf zur Organisation, vereinzelt sind wir nichts, vereint Alles!

Zehoe. Am 11. Februar hielt die hiesige Verwaltungsstelle eine Ortsmitgliederversammlung ab. Nachdem sich 8 Kollegen hatten aufheben lassen, wurde die Wahl des Delegirten zur Generalversammlung vorgenommen. Auch waren einige Anträge zur Generalversammlung eingelaufen, 1. die Mitglieder, welche länger als 4 Wochen krank sind, von den Beiträgen zu befreien; 2. Mitglieder (mit Ausnahme der auf der Reise befindlichen unterstützungsberechtigten), welche länger als 4 Wochen ohne Arbeit sind, von den Beiträgen zu befreien. Nachdem diese Anträge genügend diskutiert, wurde einstimmig beschlossen, sie dem Vorstand zu unterbreiten. Aus der Wahl der Ortsverwaltung gingen hervor: als Bevollmächtigter H. Gieseler, als Kassier G. Frickentig, als Revisoren Mohrbrich, Ungethüm und Fischer. Im Verchiedenen wurde noch auf die Flauheit der hiesigen Mitglieder betriebs Versammlungsbesuch hingewiesen und ein Beschluß dahin gehend gefaßt, die Versammlungen versuchsweise auf den ersten Sonntagabend eines jeden Monats zu verlegen. Wir rufen nun unseren Verbandskollegen zu: Besucht die Versammlungen in Zukunft besser und tretet dafür ein, daß jeder Kollege neue Mitglieder für unseren Verband zu gewinnen versucht. Ferner ersuchen wir die säumigen Mitglieder, ihre Beiträge und Delegirtenmarken regelmäßig für unsere Verbandskasse zu senden, den Anforderungen des Vorstandes nachkommen zu können.

Kiel. In der Mitgliederversammlung des D. M. V. am 15. Februar wurde nach Erledigung des ersten Punktes in die Diskussion über den Antrag, den Beitrag auf 20 J zu erhöhen, eingetreten. Die Anschließungen deckten sich im Wesentlichen mit den bei der ersten Verathung über diesen Punkt gemachten und wurde nach längerer Debatte ein Antrag eingereicht, welcher die Zahlstelle Kiel ersucht, die Erhöhung der Beiträge abzulehnen. Dieser Antrag wurde mit 67 gegen 34 Stimmen angenommen. Als Kandidaten zur Generalversammlung-Delegirten waren von der Zahlstelle Kiel 4, von Breez 1 aufgestellt. Die Wahl wurde vollzogen, das Resultat wird in nächster Versammlung be-

kannt gegeben. Zum Punkt 4, Gewerkschafts-kartell oder Streikkontrollkommission, führt Kollege Kappell etwa Folgendes aus: Von den Bestirwortern die Veränderung werde behauptet, daß die Delegierten zur Streik-kontrollkommission in öffentlichen Versamm-lungen gewählt werden, dieselbe ohne isolirte Abperschaft bestehe, in welcher die Delegirten ihre eigenen Ansichten vertreten. Hr (Medner) müsse das entschließen in Abrede stellen, da sich die Delegirten zu jeder wichtigeren Be-sprechung stets die Ansicht der Gewerkschaft eingeholt und in Gewerkschaftsversammlungen Bericht über ihre Thätigkeit erstattet hätten. Die Namensänderung habe die Voraussetzung, daß von jetzt ab die Delegirten in Vereins-versammlungen gewählt werden sollten. Da aber ein solches Verfahren leicht einen Kon-fликт mit dem preussischen Vereinsgesetz und dadurch möglicherweise die Ausübung sämt-licher befristeten Gewerkschaften nach sich ziehen könnte, stelle er den Antrag, die gegen-wärtige Form dieser Körperschaft beizubehalten. Dieser Antrag wurde gegen eine Stimme angenommen. Bei diesem Punkt wird noch bekannt gegeben, daß die Tabakarbeiter Deutschlands eine Kontrollmarke eingeführt haben und wird in kurzer Zeit eine Gewerkschaftsversammlung stattfinden, zu welcher die Tabakarbeiter einen Referenten stellen. Die im Fragekasten enthaltenen Fragen wurden erledigt. Im Verchiedenen wurde auf An-trag die Geschäftsordnung verlesen und eine kleine Veränderung vorgenommen.

Konstanz. In unserer Generalversam-mung wurde die Gesamtvorstandsverwaltung nachdem dieselbe ihre diesbezüglichen Berichte abgegeben hatte, einstimmig wiedergewählt. Für das abgereifte Mitglied Beil wurde als Mitgl. Steinhilger, Schloffer, gewählt. Die Mitgliederzahl in hiesiger Verwaltungsstelle beträgt zur Zeit 48. Ferner ist zu berichten, daß im Laufe des letzten Quartals eine Lokal-kasse gegründet wurde, aus der jedes nicht unterstützungsberechtigte Mitglied bis auf Weiteres 30 S erhalten soll; die Beiträge hierzu werden von den Mitgliedern selbst auf-gebracht, und zwar zahlt jedes Mitglied 5 S pro Monat. Das Uebrige soll durch die Sammelbüchse und sonstige von der Versam-mlung dazu bestimmte Ueberläufe ergänzt werden. Als Kassier der Lokalkasse wurde Eugen Horneß, Flaschner, gewählt. Jedoch hat jedes zugewählte Mitglied eine Karte beim Ortskassier (Gasthaus „zum neuen Schiff“) in Empfang zu nehmen. — Unser Bezirks-lokal ist „Bierbrauerei silberner Mond“. Unsere Bibliothek besteht aus ca. 60 Bänden und wurde bis daher fleißig benutzt. Der Bibliothekar König konnte die Wiederwahl wegen anderweitiger Geschäfte nicht mehr annehmen und wurde an dessen Stelle Frdr. Schwarz, Schlosser, gewählt. Es wurde be-schlossen, einen Delegierten zur Generalver-sammlung am 3. April ds. J. aus unserer Mitte zu entsenden und wurde Kollege Hein-rich Schwarz, Former, als solcher aufgestellt. Derselbe nahm diesen Vertrauensposten an. Es wäre sehr zu wünschen, daß sich die Mit-glieder vollzähliger bei den Versammlungen beteiligten und sich bei der Abreise von hier ordnungsgemäß abmelden, andernfalls wir dieselben in der Zeitung mit Namen nennen.

Leipzig (Nord). Am 19. Februar fand in Leipzig-Gutritsch eine öffentliche Metall-arbeiter-Versammlung statt. Der Referent Balkmer erläuterte mit klaren Worten den Werth und Nutzen der Kontrollmarke, hob unter Anderem die traurige Lage der Zigarrenarbeiter hervor, welche unter der jetzigen Kapitalistenwirtschaft, sowie unter der Buchthaus- und der Hausarbeit ein menschenunwürdiges Dasein hätten. Durch die Kontrollmarke würde aber nach und nach doch ein großer Nutzen herauspringen, der der ganzen Arbeiterkraft wieder zu Gute käme. Referent schloß mit den Worten, daß jeder Arbeiter vom 1. April an nur die Waaren mit Arbeiterkontrollmarke verlangen möge. — Als Delegirte wurden die Kollegen Schiemann, Reichelt, Waibel und Böhme gewählt.

Mülheim a. Rh. Eine der wichtigsten Fragen, welche die hiesige organisirte Ar-beiterschaft beschäftigt, ist die Lokalfrage. Sämtliche größere Lokalitäten hier am Orte stehen mit Ausnahme eines einzigen mehr oder minder unter dem Druck gewisser Dunkelmänner und ihrem Anhang. Zu diesem einen hatte nun das vor Kurzem neugewählte Gewerkschaftskartell, welches sich die Lösung der Lokalfrage zur Aufgabe ge-macht hat, seine Schritte gelenkt. Aber ver-gessens Herr Andreas Schneider, der Wirth, besah wohl die Klugheit, die Kollegen nicht direkt vor den Kopf zu stoßen, daß er der Kommission direkt eine verneinende Antwort gab, sondern er bestellte die Kollegen wieder zurück, bis er am Schluß mit der Erklärung zu Tage kam, er könne seinen Saal zu einer öffentlichen Gewerkschaftsversammlung nicht hergeben. Man hörte und staunte: Er habe hierüber einen Rechtsanwalt gefragt und dieser habe ihm gesagt, er stände sich besser, wenn er derartige Versammlungen in seinem Saale nicht stattfinden ließe. Wahrlich ein wichtiger Rechtsanwalt, aber auch ein thö-

riger Wirth. Als die Arbeiter kamen und fragten an, ob sie Stützungsstelle in seinem Saale abhalten könnten, wie dies die Tischler- und Metallarbeiterkrankenkasse gethan haben, da konnten sie den „Kaiser Wilhelm“-Saal haben. Aber nun kommen Arbeiter und wollen den Saal des Herrn Schneider zu einer öffentlichen Versammlung haben, worin sie ihre gewerblichen Interessen besprechen und beraten, da geht Herr Schneider zu seinem Anwalt und holt sich da die ver-neinende Antwort. So werden die Arbeiter von Keulen behandelt, die größtentheils von Arbeitergroßen leben. Den Metallarbeitern mag dies als Bedrueß und als weiterer An-sporn dienen, pünktlich und zahlreich ihre Versammlungen zu besuchen, denn da werden berichtigte Sachen immer und am ersten be-rprochen. Öffentlich werden sich die hiesigen Verwaltungsstellen vorgeannter Krankenkassen bezüglich der Festlichkeiten eines Bessern besinnen.

Mülheim (Mhr). Nach langen Zer-fahrten konnte unsere Verwaltungsstelle am 19. Februar wieder einmal eine Sitzung ab-halten. Nachdem der erste Punkt der Tages-ordnung erledigt und die Wahl der Delegirten zur Generalversammlung stattgefunden hatte, wurde die Ortsverwaltung von gewählt und zwar: W. Heusinger als Bevollmächtigter, Herr Müller als Kassier, Herr Banters-feld, Theodor Wagemer und Gustav Müller als Revisoren, wobei Kollege Wagemer zu-gleich Bibliothekar und Kollege Bantersfeld zugleich Schriftführer ist. Unser Bezirks-lokal befindet sich von jetzt ab bei Herrn Karl Böder, früher Bollheim, Gasthaus zur Hütte, Frohsentisch, und finden die Mit-gliederversammlungen jeden ersten und dritten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, statt. Beschlossen wurde ferner, in 14 Tagen eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung abzuhalten. Ein Punkt, die Bibliothekord-nung betreffend, wurde vertagt.

Oberhausen (Rheinland). Endlich haben sich auch die Kollegen unseres Industrie-städtchens angeschlossen und eine Verwaltungs-stelle des Metallarbeiter-Verbandes gegründet. Mit 10 Kollegen ist der Anfang gemacht worden, viele versprochen einzutreten, wenn erst die geschäftlichen und geschäftlichen Formali-täten erledigt seien und können wir, falls die Mitglieder ihre volle Schuldigkeit thun und unablässig für Gewinnung weiterer Ver-bandsmitglieder wirken, uns der Hoffnung hin-geben, daß sich die hiesige Verwaltungsstelle später anderen Filialen wird wichtig an die Seite stellen können. Borerst jedoch haben wir hier einen schweren Kampf durchzu-machen. Es gilt den „Inverstand der Massen“, den Subferentismus der meisten hiesigen Kollegen erst in etwas zu brechen, ehe wir hier etwas werden leisten können. Dann stehen uns auch hier die Harmonie-dusler, welche hier wie überall in den kleineren Orten — da die Kollegen in den Großstädten ihnen längst den Garans ge-macht haben — ihren Schächten noch ein Z für ein U vormachen können, hindernd im Wege. Doch, Kollegen, lassen wir uns nicht dadurch von unserem guten Werte ab-sprechen, nur beharrlich festgehalten an der einmal gestellten Aufgabe und den Kopf hoch, dann wird der Nutzen nicht ausbleiben.

Pöthen. Am 24. Januar hielt die hiesige Verwaltungsstelle ihre Generalver-sammlung. Es wurden gewählt: Ed. Pinke als Bevollmächtigter, Ernst Horn als Kassier, Ch. Brohmant, P. Seibel und A. Fiegenbein als Revisoren. Zum Stiftungsfest am 29. referirte Genosse B. Gebauer-Mertenberg über Arbeiterorganisation. Dem Referenten wurde reichlich Beifall gezollt. Die Anwesenden er-klärten es für ihre Pflicht, in jeder Beziehung für die Organisation thätig zu sein.

Quedlinburg. In Nr. 7 der Metall-arbeiter-Zeitung befindet sich v. A. ein An-trag aus Frankfurt a. M., welcher sich mit der Unterstützungsfrage befaßt. Wir haben uns mit dieser Angelegenheit schon des Oefftern beschäftigt und in zwei Versam-mlungen hierüber diskutiert. Wir können dem Frankfurter Antrag nur unsere volle Zu-nimmung geben. Die Unterstützung ent-spricht heute unbedingt nicht unserer Devis: Gleiches Recht für Alle. Währenddem die reisenden Kollegen Arbeitslosenunterstützung erhalten (als solche muß dieselbe doch wohl bezeichnet werden), bekommen die ansässigen Kollegen, welche es häufig ebenso nötig haben, nicht. Es würde sich nun darum handeln, wie ist dieses gerechter zu regeln. Den größten Theil der Sinnahme versärlingt jetzt die Meinenunterstützung. Die Unter-stützung auf die ansässigen arbeitslosen Kol-legen auszubehalten wird bei der jetzigen Ein-nahme unmöglich sein, die Beiträge zu er-höhen oder Extrabeiträge einzuführen, ist jedoch nicht zu empfehlen, es wird hier jedenfalls nur einen Weg geben, nämlich, daß wir die Organisation als Kampf- und nicht als Unterstützungsorganisation betrach-ten und in Folge dessen im Statut die Meinenunterstützung wegfällen lassen. Da aber diese Unterstüttung als Agitationsmittel zu be-trachten ist, so würde es sich empfehlen, wenn ein größerer Prozentsatz der Einnahmen

wie bisher bei den Lokalverwaltungen ver-bleibt, und es wäre dann Sache der Kol-legen am Orte, durchgreifende, sowie anständige arbeitslose Kollegen je nach den örtlichen Verhältnissen zu unterstützen. Wenn dieses in allen Verbänden derartig gehandhabt würde, könnten an allen Orten, wo ver-schiedene Filialen bestehen, gemeinschaftlich eine Kommission gewählt werden, welche als-schaftliche Arbeitsnachweise, gemeinschaftlich das Unterstützungsweesen usw. zu regeln hätte. Es würden hierdurch die verschiedenen Verufe zusammengeführt, was sicherlich der Ar-beiterbewegung zum Vortheil diene, und gleichzeitig würden wir aus den Verbänden Kampfororganisationen bekommen und nicht vielmehr schließlich dahin kommen, daß wir nur noch eine Meinenunterstützungsorganisation haben. Es wäre wünschenswerth, wenn alle Kollegen dieser Angelegenheit etwas näher träten, damit auch in diesem Gebiet eine Veränderung eintrete. Für den Antrag der Gannstädter Kollegen, die „Metallarbeiter-Zeitung“ nicht mehr obligatorisch beizubehalten, können wir uns nicht erwärmen, denn Tausende der Mitglieder würden die-selbe nicht abonnieren und es würden als-dann wöchentl. mehrere Tausende Exem-plare weniger unter die Kollegen kommen, was doch sicherlich nicht vom Vortheil für die Bewegung ist. Wir haben viele Mit-glieder, welche selten Versammlungen be-suchen, jetzt nun, wo die Zeitungen gratis zugestellt werden, erhalten dieselben wenigstens etwas geistige Nahrung, außerdem ist die „Metallarbeiter-Zeitung“ auch ein Band, welches die Kollegen zusammenhält. Wir sind der Ueberzeugung, daß immer noch viel kommt, es wäre dieserhalb empfehlenswerth, wenn die Generalversammlung den Vorstand beauftragte, daß, sollten es die Kassenver-hältnisse erlauben, in nächster Zeit ein Flug-blatt zur Vertheilung kommt, insbesondere in den Gegenden, wo unsere Bewegung noch zurück ist, welches in populärer Weise die Nothwendigkeit der Organisation, sowie den Unterschied zwischen unserer und der Sirkel-Dunder'schen Bewegung beleuchtet.

Wandsbeck. Die hiesige Verwaltungs-stelle des D. M. V. hielt am 15. Februar ihre Mitgliederversammlung ab. Nach Er-ledigung der Delegirtenwahl referirte Kol-lege Breideneich aus Hamburg über den Zentralarbeitsnachweis in Hamburg und Umgebung an denselben. Rudolf Hell: den Antrag, noch keinen festen Beschluß zu fassen, sondern erst abzuwarten, wie sich die Wands-beker Gewerkschaften zur Gründung eines Zentralarbeitsnachweises sämtlicher Gewerkschaften stellen werden. Dieser Antrag wurde nach längerer Debatte abgelehnt und somit der feste Beschluß gefaßt, sich dem zentralis-irten Arbeitsnachweis der Metallarbeiter in Hamburg anzuschließen. Darauf wurde die Errichtung eines Zahlensd. da Gelegen-heit zur Bezahlung der Beiträge genug ge-boten ist, abgelehnt. Den Bergarbeitern wurden 30 M überweisen. Da die hiesige Ortsverwaltung in letzter Zeit immer zu wenig Zeitungen geliefert bekommen hatte, protestirten die Kollegen ganz entschieden dagegen und wünschten, daß der Hauptvor-stand davon in Kenntniß gesetzt werde. Nach Ermahnung der Mitglieder, die 25 S Dele-girtensteuer so schnell wie möglich zu ent-richten, da das Geld bis zum 20. Februar eingekandt sein soll, erfolgte Schluß der Ver-sammlung.

Wiesbaden. Resolution. Die Mit-glieder-Versammlung des D. M. V. vom 4. Februar zu Wiesbaden erklärt sich mit dem Beschluß von Birna verstanden, doch bleibt es der Generalversammlung überlassen, ob 3 Monate je 20 S oder 6 Monate je 10 S zu erheben sind, und beauftragt den Dele-girten, dafür einzutreten. Gegen 1 Stimme angenommen.

Wurzzen. Am 12. Februar feierte der hiesige Metallarbeiter-Verein sein von etwa 500 Personen besuchtes drittes Stiftungsfest, zu welchem Abendunterhaltung und Tanz stattfand. Unter glühiger Mitwirkung der Gesangsabtheilung des Arbeiterbildungs-Vereins wurden die Vorstellungen durchweg nur von Mitgliedern des Metallarbeiter-Vereins ausgeführt und erstreckten hierbei die turnerischen Uebungen, sowie der Chöre-sanz einen Ueberaus reichlichen Beifall. Auch ein die Huldigung Laßalle's darstellendes lebendes Bild wurde mit großer Begeisterung aufgenommen. Die Feste hielt Herr Thiele, Redakteur der „Wurzener Zeitung“, in welcher er die Anfänge und das Gedeihen unserer Organisation schilderte und mit der Aufforderung schloß, recht eifrig für unsere gute Sache zu agitiren. Durch ein feuriges Bravo wurde Herrn Thiele der Dank der Versammelten für die trefflich gehaltene Rede zu Theil. Den Schluß bildete der Sozialisten-Marsch, gesungen von der Gesangsabtheilung. Nach Beendigung der Abend-unterhaltung blieben die Festlichkeitschore beim Tanz in recht vergnügter Stimmung bis gegen 4 Uhr beisammen.

Mechaniker.

Hamburg. Die Sektion der Optiker, Mechaniker und Uhrmacher etc., hielt am 11. Februar ihre regelmäßig an jedem zweiten und vierten Sonnabend stattfindende Mit-glieder-Versammlung ab. Der Beisitz der Ver-sammlung war ein ziemlich guter. Wohl zum erstenmale seit der Epidemie sind wir in der Lage, einer Versammlung dieses Prädikat in Bezug auf den Besuch ausstellen zu können. Der erste Punkt der Tagesordnung: Wahl eines Bevollmächtigten, eines Bibliothekars, eines Mitgliedes der Herbergskommission und eines Mitgliedes der Gewerkschaftskartell, fand in der Wahl des Kollegen Eichholz zum Bevollmächtigten und Gewerkschaftskartell-Mitglied, des Kollegen Rühlhausen zum Bibliothekar und des Kollegen Necke zum Mitglied der Herbergskommission seine Er-ledigung. Beim zweiten Punkt: Wahl der Abgeordneten zur Generalversammlung des D. M. V., wurde die Frage aufgeworfen, ob es sich nicht empfehle, in Anbetracht des Um-standes, daß der seitens der vereinigten Vor-stände von Hamburg an den Hauptvorstand in Bezug auf die Generalversammlung ge-sandte Protest abschlägig beschieden worden sei, den Abgeordneten gewisse Vorschriften in Bezug auf ihre Haltung in der General-versammlung zu geben. In der sich hierüber entwickelnden Diskussion kam man jedoch überein, es der nächsten kombinierten Mit-glieder-Versammlung zu überlassen, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Zum dritten Punkt erhielt Kollege Eichholz das Wort zu einem Vortrage über „Die kapitalistische Produktionsweise“. Leider war die Zeit schon so weit vorgeschritten, daß Medner mit seinem Vortrage nicht mehr zu Ende kam. Es soll auf die Tagesordnung der nächsten Ver-sammlung der Vortrag nochmals gesetzt werden.

Schloffer u. Maschinenbauer.

Hamburg, 12. Febr. 1893. Bericht über die Sitzung der Liquidationskommission des Verbandes der Schloffer und Maschinenbauer Deutschlands und der vereinigten Sektionsvorstände der Schloffer und Maschinenbauer Hamburgs. Vertreten waren die Liquidationskommission durch 4 Personen, die Sektion Hamburg durch 3 Personen, die Sektion Gimsbüttel durch 4 Personen. Wie den früheren Mitgliedern des Schloffer- und Maschinenbauerverbandes erinnerlich sein dürfte, sollte ein eventueller Ueberfluß an den Metallarbeiter-Verband überwiegen werden. (Siehe Abrechnung untenstehend.) Es wurde in einer im Dezember vorigen Jahres abgehaltenen Versammlung der Sektion der Schloffer und Maschinenbauer Hamburgs beschlossen, bei dem Vorstand des Metallarbeiter-Verbandes in Stuttgart anzufragen, ob er es gestatte, daß die Summe von M. 37,18 für die Bibliotheksgewerke in Ham-burg zurückbehalten werde. Der Bevoll-mächtigte Breideneich ist diesem Beschluß nachkommen und ist das Konzept des Briefes, den er nach Stuttgart geschickt, noch an den Bevollmächtigten Breideneich noch an die die Abrechnung unterzeichneten Liqui-datoren, ist eine Antwort des Vorstandes er-folgt, sehen sich der Unterzeichnete und dessen Auftraggeber gezwungen, endgiltig über den Ueberfluß zu beschließen. Es wurde der Antrag: „37 M 18 S der Bibliothek der Schloffer und Maschinenbauer Hamburgs zu überweisen“ und „100 M als Agitationsfond für Hamburg und Umgebung den vereinigten Sektionen der Schloffer und Maschinenbauer Hamburg, Barmbeck und Gimsbüttel zu überweisen“ einstimmig angenommen mit der Modifikation, daß unter allen Umständen nothwendig sei, für die hiesigen Sektionen der Schloffer und Maschinenbauer, die im Verhältnis zu den hier am Plage beschäf-tigten Schloffern und Maschinenbauern viel zu arm an Mitgliedern sind, energisch zu agitiren, die Sektionen wieder stark und kräftig zu machen, dieselben in den Stand zu setzen, die in § 1 des Statuts des Metall-arbeiterverbandes vorgezeichneten Zwecke und Ziele der Vereinigung zu wahren und zu erreichen. Und glauben wir im Interesse und Einverständnis der Mitglieder des Metallarbeiterverbandes, sowie unserer Man-datgeber richtig gehandelt zu haben.

Im Auftrage der Liquidationskommission des Schloffer- und Maschinenbauerverbandes und der vereinigten Sektionsvorstände der Schloffer und Maschinenbauer Hamburgs:

Otto Ruchhausen, Vorkassier, 27. III.

Hamburg. An die Mitglieder des früheren Verbandes der Schloffer und Maschinenbauer Deutschlands. Da laut Beschluß der letzten Generalver-sammlung der Verband der Schloffer und Maschinenbauer sich mit dem 1. Juli 1892 aufzulösen hatte und den Mitgliedern zur Pflicht gemacht war, sich dem Deutschen Metallarbeiterverband anzuschließen, und in Folge hiervon eine Liquidationskommission gewählt wurde, steht sich diese Kommission nun veranlagt, da alle Lokalliquidationskom-missionen und einzelne Mitglieder abgerechnet

und ihren Verpflichtungen gegen den früheren Verband der Schlosser und Maschinenbauer nachgekommen und auch alle Forderungen beglichen sind, ihre Tätigkeit hiermit für beendet zu erklären. Diefelbe hat in ihrer letzten Sitzung durch Beschluß über die Verwendung des Inventars, welches aus einem Schrank, einer Schreibmaschine, sonstigem Schreibmaterial, sowie der Redaktions-Bibliothek besteht, dahin verfügt, diese Sachen den vereinigten Sektionen der Schlosser und Maschinenbauer Hamburgs zu überweisen.

Das Geld, welches laut Abrechnung vorhanden, ist in Uebereinstimmung mit den Vorständen den vereinigten Sektionen der Schlosser und Maschinenbauer Hamburgs überwiehen, nämlich M 100 zur Agitation, M 87,18 zu Bibliothekzwecken. (Im Uebrigen siehe Bericht oben.) Indem wir glauben, unsere Pflicht gethan zu haben und in der Hoffnung, daß die früheren Mitglieder mit unserer Tätigkeit zufrieden sind, schließen wir mit Gruß und lassen die Abrechnung folgen:

Abrechnung.	
Einnahme:	M 85 18
Rassenbestand am 1. Juli 1892	85 18
Eingegangen nach dem 1. Juli:	
Hamburg	128 85
Bremen	70 —
Elmsbüttel	97 81
Barmbeck	98 91
Wandsbek	82 48
Sebaltsbrück	48 25
Rothenburgsort	18 55
Altona	14 69
Von einzelnen Mitgliedern	15 70
Auf Sammellisten	8 35
Ueberschuß von der letzten Sommer-tour der vereinigten Lokal-verbände der Schlosser und Maschinenbauer Hamburgs	8 90
Summa	M 661 58
Ausgabe:	
Vor dem 1. Juli an den Delegirten von auswärts zur General-versammlung	56 55
Nach dem 1. Juli:	
Für den „Schlosser und Maschinenbauer“	319 45
Für Reiseunterstützung	21 —
Für Beitragsrückzahl und Fahrgehalt an den einen Revisor der Hauptkassse	1 60
Porto des Hauptkassiers	4 45
Für Druckerarbeiten	10 —
Porto und sonstige Ausgaben in Verbindung mit dem internationalen Metallarbeiterkongress in Kopenhagen	30 95
Entschädigung der Liquidationskommission	21 50
Entschädigung für den Hauptkassier	50 —
An die Liebertafel „Liberale“	8 90
Summa	M 524 40

Bilance:

Einnahme	M 661,58.
Ausgabe	524,40.
Rassenbestand	M 137,18.

Die Liquidations-Kommission:
H. Junge, A. Häber, D. Hochhausen,
G. Nebermann, Franz Dieblich.
Alle Anfragen sind bis zum 1. April 1893 an H. Junge, Hamburg, Bäckerbreitergang 85, zu richten.

Feilenhauer.
Linden-Dannover. Der Zustand der Feilenhauer und Schleifer dauert unverändert fort, Zuzug streng fernzuhalten. — Alle Briefe und sonstige Sendungen sind an unseren Vertrauensmann Hugo Witte in Linden, Dimmerstraße 80 zu richten. Näheres folgt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.
Bis zum 26. Februar hatten folgende Verwaltungsstellen die Abrechnung für November und Dezember noch nicht eingesendet:

Egeln, Erlangen, Gevelsberg, Grandenz, Lüdenscheid, Nürnberg (Feizer), Sindlingen b. Frankfurt a. M., Suhl i. Th., Sorau N.-L., Zabrze O.-Schlesien.

Da wir vor der Generalversammlung die Jahres-Abrechnung rechtzeitig fertig stellen müssen, auch noch viele Arbeiten, die von der Abrechnung abhängig sind, zu erledigen haben, müssen wir die Ortsbeamten dringend ersuchen, ihren Pflichten besser nachzukommen. (Siehe § 14 Absatz 8 des Statuts.)

Auch haben trotz mehrfacher Vorstands-bekanntmachungen folgende Verwaltungen und Vertrauensmänner über die Delegirtenmarken vom Halberstädter Gewerkschaftskongress noch nicht mit der Hauptkassse abgerechnet:

Wiesfeld, Bries, Bünde i. W., Gevelsberg, Heide i. S., Heilbrunn, Landsküt, Lüdenscheid, Mannheim (Klempner), Nürnberg (Feizer), Nürnberg (Metallarbeiter), Oldenburg, Neuscheid.

Die oben genannten Verwaltungen und Vertrauensmänner werden hierdurch noch-

mal aufgefordert, umgehend entweder die nicht verkauften Delegirtenmarken oder den Betrag dafür einzusenden. Diejenigen Verwaltungen, welche den Betrag mit in den Abrechnung aufgeführt, eventuell mit zur Auszahlung der Wanderunterstützung verbraucht haben, haben die betreffende Summe vom Rassenbestande in Abzug zu bringen und an die Hauptkassse einzusenden.

Die Delegirtenmarken für die 1. ordentliche Generalversammlung sind seit Wochen in den Händen der Orts-beamten, es ist nun unbedingt erforderlich, daß endlich mit den Delegirtenmarken des Gewerkschaftskongresses abgerechnet wird.

Sodann ersuchen wir diejenigen Verwaltungen und Vertrauensleute, welche die auf die Zusammensetzung und Zahl der Mitglieder am 31. Dezember v. J. bezüglichen statistischen Fragebogen noch nicht beantwortet und zurückgeschickt haben, dies umgehend zu thun.

Da mit Ablauf des Februar wieder eine monatliche Abrechnungsperiode schloß, machen wir darauf aufmerksam, daß die **Delegirtenmarken zur General-Versammlung**, da sie eine statutarische Verbandseinnahme darstellt, **diesmal auf der Abrechnung mit zu verrechnen ist.**

Da in dieser Woche die Zusammenstellung der Wahlergebnisse stattgefunden hat, so ersuchen wir, **uns sineshend die Namen, den Stand und die genaue Adresse der gewählten Delegirten mitzutheilen.**

Gleichzeitig machen wir bekannt, daß sich das Lokalkomitee in Altenburg konstituiert hat und wollen sich die Delegirten wegen Logis und sonstiger Auskunft an den Vor-sitzenden desselben, **Herrn Paul Gebauer, Altenburg (S.-A.), Eisenstraße 5,** wenden.

- Folgende Mitgliedsblätter werden für un-gültig erklärt und sind ev. aufzuhalten:
- Nr. 21479 des Heizers Eugen Miläger, geb. zu Linden am 1. Okt. 1865, des Schlossers Robert Zunkst, geb. zu Lüben am 4. Mai 1839.
 - Nr. 25677 des Schlossers Friedr. Nickel, geb. zu Stuttgart am 10. Jan. 1866.
 - Nr. 29992 des Klempners Peter Schroth, geb. zu Stutenheim (Pfalz) am 28. März 1873.
 - Nr. 46204 des Klempners Rud. Gebiger, geb. zu Weinach am 12. März 1870.
 - Nr. 48021 des ? Albin Traugott Ples-sing, geb. zu ? am ?

Von den nachfolgenden Orten ist der Zuzug der Arbeiter der benannten Verufe fern zu halten: **Feilenhauer von Hagen, Feilen-hauer und Schleifer von Linden b/Han-nover, Metallarbeiter aller Branchen von Neuwed a. Rh., Solingen und der Nadelarbeiter von Aachen.**

Alle für den Verband bestimmten Geld-sendungen sind nur an die Adresse unseres Kassiers

Theodor Werner, Stuttgart, Schlosserstraße 21,1,

zu richten, und ist auf dem für Mitteilun-gen bestimmten Postabschnitt zu bemerken, ob das Geld überwiesenes Vermögen eines aufgelösten Vereines, Einschreibegeld, für Beiträge oder der Erlös für Extramarken, Kongressprotokolle, Delegirtensteuer oder Generalkommissionsmarken ist.

Mit kollegialem Gruß
Der Vorstand.

Der Klempner Adolf Weber, Buch-Nummer 42,352, wird um Angabe seiner Adresse gebeten. Die Ortsverwaltungen oder Mitglieder, die über seinen Aufenthalt Aus-kunft geben können, werden ersucht, dies bald-möglichst zu thun.

Wahlen für das Reichs-versicherungsamt.

Bekanntmachung,
betreffend das Ergebnis der Nachwahl von weiteren Stellvertretern der nicht-ständigen Mitglieder des Reichs-Versicherungsamts aus dem Stande der gewerb-lichen Arbeitnehmer, vom 20. Februar 1893.
In Ausführung des Gesetzes vom 16. Mai 1882, betreffend die Abänderung des § 87 des Unfallversicherungsgesetzes etc. (Reichs-Gesetzblatt Seite 685), sind aus dem Stande der versicherten gewerblichen Arbeiter von den Vertretern desselben für den Rest der bis Ende September 1893 laufenden Wahlperiode sechs weitere stellvertretende nicht-ständige Mitglieder des Reichs-Versicherungs-amts zur Theilnahme an den Verhand-lungen desselben in den Angelegenheiten des Unfallversicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884, des Ausdehnungsgesetzes vom 28. Mai 1885, des Unfall-Versicherungsgesetzes vom 11. Juli 1887 und des Invaliditäts- und

Altersversicherungsgesetzes vom 22. Juni 1889 gewählt worden, nachdem bereits früher-lau: diesseitiger Bekanntmachung vom 18. Januar 1892 sechs Stellvertreter der-leiden für die Angelegenheiten der gewerb-lichen Unfallversicherung gewählt nicht-ständigen Mitglieder aus dem Stande der Arbeitergewerkschaften nachgewählt worden sind.

Anßerdem ist die durch das Ausschreiben des Arbeitervertreter Hartwig freigebliebene Stelle des zweiten Stellvertreters des nicht-ständigen Mitgliedes Kämpfe für den gleichen Zeitraum im Wege einer Nachwahl wieder besetzt worden.

Von den für diese Neuwahlen in Be-tracht kommenden 3092 Arbeitervertretern mit zusammen 6,278,617 Stimmen sind 4,485,021 gültige Stimmen abgegeben worden.

Das Ergebnis der Nachwahl ist folgendes:
Mit relativer Stimmenmehrheit sind ge-wählt worden als Stellvertreter:

- a. des ersten nichtständigen Mitgliedes, Hutnachers Kämpfe, und zwar
 - 1) — als Ersatz für Hartwig — Karl Guthert, Schlosser zu Berlin, Arbeiterver-treter der Nordöstlichen Eisen- und Stahl-Vereinsgenossenschaft, mit 1,427,376 Stimmen;
 - 2) Wilhelm Frede, Knappschaffmeister zu Dortmund, Arbeitervertreter der Knapp-schafts-Vereinsgenossenschaft, mit 1,373,668 Stimmen;
 - 3) Franz Emil Niemann, Dreher zu Chemnitz, Arbeitervertreter der Sächsisch-Thüringischen Eisen- und Stahl-Vereinsge-nossenschaft, mit 1,381,884 Stimmen;
 - 4) Friedrich Stielmalter, Tischler zu Berlin, Arbeitervertreter der Norddeutschen Holz-Vereinsgenossenschaft, mit 1,308,501 St.
- b. als Arbeitervertreter des zweiten nicht-ständigen Mitgliedes, Maurers Buchholz,
 - 1) Albert Voigt, Gummiarbeiter zu Berlin, Arbeitervertreter der Vereinsgenossenschaft der chemischen Industrie, mit 1,348,965 Stimmen;
 - 2) Joseph Klingebell III zu Halle a. S., Arbeitervertreter der Sächsisch-Thüringischen Eisen- und Stahl-Vereinsgenossenschaft, mit 1,805,289 Stimmen;
 - 3) Gregor Wirthmann, Maurer zu Ham-berg, Arbeitervertreter der Bayerischen Bau-gewerks-Vereinsgenossenschaft, mit 1,290,625 Stimmen.

Der Rest der Stimmen zersplitterte sich auf eine große Anzahl weiterer Kandidaten. Berlin, den 20. Februar 1893.
Das Reichs-Versicherungsamt.
Vöbker.

Allgemeine Kranken- u. Sterbe-kasse der Metallarbeiter (G. S. 29).

Ausgeschlossene Mitglieder, deren Aufenthalt nicht zu ermitteln.

- Nr. 408. G. Brimmer.
- 8865. Fr. Jälsch.
- 4736. M. Lehr.
- 8882. Chr. Schraum.
- 6128. F. Groß.
- 6085. Groß.
- 1883. Trappe.
- 913. G. Hoffmann.
- 6048. W. Rahnt.
- 2981. F. Medel.
- 544. C. Vogel.
- 8299. F. Thier.
- 9743. E. Lange.
- 7844. F. Zimmer.
- 7571. F. Flemming.
- 7242. J. Landjettel.
- 7925. H. Timme.
- 552. H. Tröger.
- 2684. Johann Fischer.
- 4723. B. Heinemann.
- 9574. B. Broch.
- 9589. W. Baggach.
- 9581. G. Weilingner.
- 4668. G. Schäfer.
- 4690. W. Lempe.
- 4161. M. Gypke.
- 7732. G. Meger.
- 9784. G. Golla.
- 1092. H. Klingener.
- 43310. G. Hermes.
- 2508. H. Müller.
- 42900. J. Sid.
- 5195. J. Schwobach.
- 5197. G. Schwobach.
- 9821. G. Vogel.
- 41869. G. Voltart.
- 41866. H. Schweikert.
- 7641. H. Schröder.
- 41442. G. Schlicher.
- 41437. G. Kreuter.
- 7679. Chr. Gerlach.
- 3073. H. Grieb.
- 42794. G. Adyrl.
- 403. Chr. Starjt.
- 43683. W. Albenhoff.
- 44533. B. Hag.
- 4070. G. Wählmann.
- 4000. L. Schmitt.
- 7431. L. Schröder.
- 6142. W. Ghnes.
- 41202. H. Spindler.
- 2812. J. Pader.
- 11560. J. Ocker.

- Nr. 35101. G. Jllig.
- 30540. Hagenbüsch.
- 38899. H. Kirmes.
- 34763. W. Kriebel.
- 82402. G. Brunke.
- 32005. W. Neumirrh.
- 31587. M. Huhnholz.
- 32582. Fr. Berndt.
- 35342. H. Melas.
- 35347. J. Poyer.
- 35362. Jean Müller.
- 30369. Fr. Suther.
- 82411. W. Nothe.
- 32417. F. Nau.
- 39595. G. Schrader.
- 39555. F. Hirling.
- 35248. H. Behrensen.
- 38747. G. Lüttge.
- 18863. F. Steumler.
- 19862. G. Wolf.
- 19468. G. Hink.
- 19412. G. Zwenger.
- 16573. G. Kotte.
- 16095. H. Knorr.
- 30507. H. Jier.
- 10082. W. Meyer.
- 14844. F. Hovetamp.
- 18686. G. Schmitt.
- 15570. G. Sable.
- 15616. H. Schlegel.
- 14612. J. Sekner.
- 18606. F. Fahlbüsch.
- 16127. J. Bellmann.
- 85496. H. Birkenbahl.
- 85491. G. Willenbrint.
- 18660. G. Grah.
- 39224. J. Wall.
- 38222. H. Bruchmann.
- 38288. G. Jastrrow.
- 87520. Fr. Scheibe.
- 92858. W. Buchbach.
- 18166. H. Voigt.
- 14557. H. Berg.
- 15161. D. Hoppe.
- 16874. G. Brühl.
- 19672. G. Galle.
- 19448. H. Krebs.
- 35419. G. Mäher.
- 35423. Emil Berg.
- 16267. H. Blum.
- 37620. G. Weid.
- 14426. G. Beyer.
- 18104. Fr. Willgemann.
- 34577. G. Schröder.
- 32889. J. Steffens.
- 80819. H. Amberger.
- 39158. S. Schmiebl.
- 14657. Chr. Bischof.
- 17704. G. G. Mat.
- 10847. H. Kleinhard.
- 33520. G. Mäwes.
- 17086. Ab. Alcebrand.
- 31200. J. Stöbner.
- 30223. Fr. Schreuren.
- 36334. J. Sand.
- 18460. H. Rettig.
- 16048. D. Wismann.
- 14693. Christians.
- 36077. J. Hirmer.
- 15530. G. Kauf.
- 16438. G. Dinkentell.
- 13938. G. Klein.
- 31634. G. Reichinger.
- 34231. St. Spichalski.
- 36994. G. Kohl.
- 14347. S. Kuebes.
- 15618. G. Krämer.
- 17010. Pf. Kuhl.
- 17011. H. Rieth.
- 12982. G. Mahr.
- 11107. Fr. Pfeife.
- 15252. S. Schmeide.
- 13488. W. Thönissen.
- 38661. H. Preiß.
- 38663. G. Kammerer.
- 30077. S. Schwarz.
- 34174. G. Diepenbrud.
- 37465. J. Helu.
- 37949. H. Drumproff.
- 33585. H. Geige.
- 31113. D. Voigt.
- 14400. H. Brenneck.
- 37729. Chr. Fischer.
- 14415. Ernst Witscher.
- 19220. J. Blümmen.
- 36182. G. Peters.
- 33845. Th. Bngbach.
- 33848. J. Simon.
- 12641. G. Handelsberg.
- 12408. W. Stähler.
- 33421. B. Fischer.
- 25932. St. Neuter.
- 26880. Chr. Bein.
- 26491. H. Kiel.
- 26108. G. Lühola.
- 27758. Fr. Nampeid.
- 27933. F. Helfrich.
- 27891. H. Franz.
- 29713. J. Poritz.
- 20064. F. Bider.
- 27726. H. Gabels.
- 27185. G. Neil.
- 21567. H. Gollisch.
- 21816. H. Kundt.
- 28693. P. Ballerstedt.
- 26310. G. Kronenberg.
- 28817. W. Schwabger.

- Nr. 25954. B. Galbe.
25976. B. Stude.
25938. H. Furtz.
27487. C. Neff.
27648. C. Gubler.
22247. H. Guno.
27710. H. Hoyer.
28730. J. Künze.
24206. C. Freischmuth.
23854. H. Furchtbar.
29041. S. Heymann.
28519. H. Meier.
29058. Fr. Kächlin.
25911. C. Paarhaus.
25915. W. Bipphardt.
28403. Fr. Masberg.
28887. C. Masberg.
26695. S. Meyer.
20468. H. Ubrig.
22278. Chr. Pler.
21936. C. Weiser.
21932. A. Müller.
21001. C. Burkhardt.
21086. G. Kaiser.
20067. W. Engler.
21015. G. Deutsch.
22269. C. Steigleder.
28513. Fr. Krüger.
29285. L. Kinkel.
1725. H. Trautmann.
25578. G. Siegmund.
29472. A. Kreis.
28568. H. Kauf.
27090. C. Weber.
28968. J. Matrowski

An die Schläger Deutschlands!

Nach Beschluß des 2. Schlägerkongresses in Fürth eruchen wir die Kollegen aller Branchen, zu dem an Ostern ds. J. in Schwabach abzuhaltenden 3. Schlägerkongress Stellung zu nehmen und Versammlungen behufs der Delegiertenwahlen abzuhalten. Die Tagesordnung, sowie das Lokal werden wir später bekannt geben.

In Schwabach und Fürth haben wir vorbereitende Versammlungen abgehalten, in denen sich auch für die Nothwendigkeit eines Kongresses ausgesprochen wurde.

Alle Kollegen werden dringend ersucht, dafür zu wirken, daß der Agitationskommission Geldmittel zur Deckung ihres Defizits zugehen.

Im Auftrag der Agitationskommission: J. Teichmann, Nürnberg, Hochleiderstr. 7.

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart S. P. B. Dieß Verlag) ist soeben das 22. Heft des 11. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Monumentales. — Zukunftsstaaten der Vergangenheit. Von H. Kautsch. (Schluß). — Ein Hauptausfluß hiesiger Bildung. Von Wilhelm Bloß. (Schluß). — Notizen: Ethik und Klassenkampf. Von F. Wehring. Die Fruchtbarkeit der Ehen. Von Dr. Aug. Ueberreiter. Zuckerverproduktion. Von Dr. H. Meyer. Anbauflächen in Großbritannien (ohne Irland) in 1000 Acres. Von Dr. H. Meyer. — Feuilleton: Robert Hamerling's Leben und Dichtungen. Von Robert Schweichel. (Fortsetzung.)

Briefkasten.

J. J. Schwerin. Bei Stimmgleichheit ist der Antrag als abgelehnt zu betrachten. Nachdem abgestimmt, gibt es zur Sache das Wort nicht mehr, nur zur Geschäftsordnung.

F. Dortmund. In nächster Nummer. Mehrere Einwendungen mußten zurückgestellt werden.

Vereins-Anzeigen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Jahsu. Sonntag, 5. März, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Geschäftliches. Anträge zur Generalversammlung. Verschiedenes. Aufnahme neuer Mitglieder.

Altenburg. Sonntag, 4. März, Abends halb 9 Uhr, Versammlung im „goldenen Bienen“. Wegen Entziehung der Delegiertensteuer ist recht zahlreiches Erscheinen nöthig.

Apolda. Sonnabend, 4. März, Abds. halb 9 Uhr, öffentliche Metallarbeiterversammlung im „Häckerhaus“. Tagesordnung: Bericht der Delegierten von der Thüringer Metallarbeiterkonferenz. Wahl eines Vertrauensmannes. Verschiedenes. — Nachdem Versammlungsbesprechung. — Die Restanten werden ersucht, ihren Pflichten nachzukommen. — Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß sich unsere H. herge im Restaurant „Gambrius“ befindet, woselbst auch die Reiseunterstützung ausbezahlt wird. — Wir ersuchen den Kollegen Wilhelm Friedenwald, Formier, zur Zeit in Gera, seiner Verpflichtung gegen die hiesige Filiale nachzukommen

und ersuchen zugleich die Ortsverwaltung zu Gera, ihn darauf aufmerksam zu machen.
Altona. Aufforderung. Der Schlosser J. Hoyer wird hierdurch aufgefordert, seinen Verpflichtungen der Verwaltungsstelle Altona, Sect. der Schlosser gegenüber, nachzukommen und seine Adresse an den Bevollmächtigten W. Großmann einzusenden, widrigenfalls wir andere Maßregeln ergreifen müssen.

Berlin. Bekanntmachung. Den Mitgliedern des D. M. V. zur Kenntniß, daß mir das Amt als Vertrauensmann für Berlin vom Hauptvorstand übertragen ist und eruche ich alle Kollegen, sich in Verbindung mit der Adresse an folgende Adresse zu wenden: William Glack, Berlin S. O., Neanderstr. 8. III.

Bremenhaven. (Sektion b. Klebner) Sonnabend, 4. März, Abends halb 9 Uhr im „Kloster“, Versammlung. Tagesordnung im Lokal.

Bunzlau. Sonnabend, 11. März, Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Gasthof zu den drei Kronen“. Tagesordnung im Lokal.

Cöln. Sonntag, 5. März, gemeinschaftliche und öffentliche Metallarbeiter-Versammlung in Kalk beim Wirth Heintzenhofen, Hauptstraße, wozu die Kollegen von Cöln, Ehrenfeld, Wülheim und Kalk Mann für Mann erscheinen müssen.

Cottbus. Sonnabend, 4. März, Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Schmiger. Tagesordnung: Einziehung der Beiträge und Aufnahmen. Wahl der Beitragskassierer. Verschiedenes. Fragelasten.

Dresden-Neustadt u. Umgegend. Mitgliederaufnahme, Zahlgelegenheit und Ausgabe der Zeitung regelmäßig Sonnabends von 8-10 Uhr in folgenden Lokalen: Neustadt: Restaurant Otto Claus, Schönbrunnstraße 1; Pieschen: Bader's Restaurant „zur Böse“, Leipzigerstraße 7. — Die reisenden Kollegen werden dringend ersucht, ihren Verpflichtungen gegen den D. M. V. nachzukommen.

Duisburg. Sonntag, 4. März, Versammlung. Tagesordnung im Lokal. Sämtliche mit ihren Beiträgen im Rückstand befindliche Mitglieder werden ersucht, dieselben wegen der Abrechnung zu entrichten. Unter Vertheilung ist nicht das im Adressverzeichnis irrtümlich angegebene, sondern Knappelmarkt, zu den „3 Kronen“ (Emil Dreuer).

Essen (Muhl). Sonntag, 5. März, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung in der Versammlung. — Nachmittags 5 Uhr im Lokal der Wwe. Kraß nach der Versammlung gemütliche Abendunterhaltung, wozu die geehrten Damen besonders eingeladen sind.

Hensburg. (Allg.) Sonnabend, den 11. März, Abends halb 9 Uhr, Versammlung bei Chr. Kalks. Tagesordnung: Aufnahme und Beitragszahlung. Protokollüberlesen. Anträge zur Generalversammlung und Verschiedenes.

Frankfurt a. M. Samstag, 4. März, Abends halb 9 Uhr, im „Rebstock“, Krugg. 4, gemeinschaftliche Versammlung der Verwaltungsstellen von Frankfurt und Umgebung. Tagesordnung: Bericht des Genossen Hoch: „Das neue Krankenkassengesetz“. Bericht über den Unterstützungsfond. Wahl eines Kassiers und der Revisoren. Erziehung zum Verbandsausfluß. Verschiedenes. Restirende werden auf § 3 aufmerksam gemacht und ersucht, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Gießen. Sonnabend, 4. März, Abends halb 9 Uhr im Vereinslokal Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: Aufnahme. Beitragszahlung. — Restirende werden auf § 3 aufmerksam gemacht. — Die Mitglieder werden ersucht, behufs Zeitungsstellung in dieser Versammlung ihre Wohnung anzugeben. — Ferner ist es Pflicht eines jeden zielbewußten Kollegen, unser Vereinslokal besser zu besuchen.

Göppingen. Samstag, 4. März, Abds. 8 Uhr, Versammlung im Lokal „Hirsch“. Tagesordnung: Einzahlung. Aufnahme. Verschiedenes.

Grenz. Sonnabend, 4. März, Abends 9 Uhr, Versammlung im „gold. Anker“, Restaurant Lindner, Neichenbaderstr.

Hagenau. Sonnabend, 4. März, Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „gold. Löwen“. Tagesordnung in der Versammlung. Die reisenden Mitglieder werden auf § 3 aufmerksam gemacht.

Hellbron. Samstag, 11. März, Abds. Punkt 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung vollständiges Erscheinen notwendig. Sendungen unter der Adresse A. Wahl, äußere Rosenbergsstr. 33a.

Hörsingberg i. Pr. Sonntag, 12. März, Vormittags 11 Uhr im Lokal des Herrn C. Schulte, Münchenhof 7, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokal.

Teichhausen. Sonntag, 2. März, Vormittags 10 Uhr, im Vereinslokal Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokal.

Leipzig-Süd. Den Mitgliedern des Deutsch. u. Metallarbeiterverbandes zur Kenntniß, daß mir das Amt als Vertrauensmann für Leipzig-Süd vom Hauptvorstand übertragen ist. Friedrich Schlenker, Leipzig-Connewitz, Brandstr. 16. I.

Leipzig. Sonntag, 5. März, Aushängen der Plakate. Sammeln früh 8 Uhr im Vereinslokal bei Eitner. Fortsetzung Nachmittags 2 Uhr, Sammeln ebendasselbst. Abends 7 Uhr gemütliches Beisammensein mit Damen im „Hotel Johannebad“ im reservierten Zimmer. — Die reisenden Mitglieder werden ersucht, ihren Pflichten nachzukommen.

Mörsdorf. Sonntag, 5. März, Vorschlag nach Hammer in die Wirthschaft zur „Hammer Höhe“.

Münchberg. (Sektion b. Metallarbeiter.) Sonntag, 5. März, Vorschlag in die Wirthschaft „Stadt Stralsund“, ob. Silberstraße. — Samstag, 11. März, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokal. Wahl eines ersten Bevollmächtigten. Verschiedenes.

Münchberg. (Sektion der Reihengewandindustrie.) Montag, 6. März, außerordentliche Mitglieder-Versammlung im „Sängertranz“, Döschmannsplatz. Tagesordnung: Bericht der Kommission. Unterstützungsfrage. Abschaffung der erhöhten Beiträge. Die Mitglieder werden mit dem Bemerkten höflich eingeladen, daß sich die Nichtanwesenden der Majorität der Anwesenden ohne Einspruch und Widerrede zu fügen haben. — Sonntag, Vorschlag in die Restauration „Blaue Kugel“ bei Schlee, Abends „Bekengarten“.

Münchberg. (Sektion der Roth- und Glodengewand.) Sonntag, 11. März, Nachm. Vorschlag zu Mitglied Poppendörfer in Wöhrd.

Münchberg. (Sektion der Schlosser und Maschinbau.) Samstag, 11. März, Abds. 8 Uhr im Saale des Restaurants „Sängertranz“ Mitglieder-Versammlung mit Vortrag. — Den Mitgliedern zur Kenntniß, daß wir unseren bisherigen Einkassierer, den Herrn Spanner und Seibold gekündigt und unsern gemakrealteten Kollegen Julius Pfändt als Einkassierer angestellt haben. Derselbe tritt am 4. März in seine Funktion und werden die Mitglieder gebeten, ihm in jeder Beziehung die Uebernahme zu erleichtern und hauptsächlich im Fall des Uebersehens sofort an den Bevollmächtigten Joh. Grobherger, Adamsstr. 9, Nachricht gelangen zu lassen.

Münchberg. (Sektion der Schmiede.) Sonntag, 12. März, Vorschlag in die Wirthschaft zum „Johannes Kessler“ von Georg Bachner am Maricatumel.

Odenburg. Sonnabend, 11. März, Generalversammlung. Die Kollegen wollen sämtlich ihre Bücher mitbringen. — Wir machen die Kollegen, welche 13 Wochen rückständig und bis zur Generalversammlung nicht bezahlt haben, aufmerksam, daß sie unbedingt gestrichen werden, ebenso die 8 Wochen restirenden.

Osnabrück. Sonnabend, 11. März, Abends halb 9 Uhr, im Vereinslokal bei Gastwirth Senger, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder. Beitragszahlung. Vortrag des Genossen Körber. Diskussion über Anträge zur Generalversammlung. Fragelasten. Verschiedenes.

Pirna i. S. Sonnabend, 11. März, Abends halb 9 Uhr, öffentliche Versammlung im „Carolabad“. — Sonntag, 12. März, Familienabend daselbst. Karten sind beim Vertrauensmann zu haben für Mitglieder zu 40 S., für Gäste zu 50 S. Die Karten werden der besseren Kontrolle wegen gegen Baar abgegeben. — Sonntag, 12. März, Früh 10-12 Uhr Bibliothek im Vereinslokal.

Pieschen b. Dresden. Montag, 6. März, Abends halb 9 Uhr, öffentliche Versammlung der Metallarbeiter aller Branchen für Pieschen und Umg. in Wacker's Restaurant „zur Börse“, Leipzigerstr. 7. Tagesordnung: Geschäftliches und politische Organisationen. Ref.: Genosse Julius Frähsdorf. Allgemeine Gewerkschaftsangelegenheiten. — Die Zahlgelegenheit u. s. w. für Pieschen und Umg. findet von jetzt ab nicht mehr bei Schuppen, sondern in Wacker's Restaurant statt.

Pöschappel. Sonntag, 5. März, Nachmittags halb 3 Uhr, öffentliche Versammlung der Einzelmitglieder des D. M. V. in der „Rothlen Schänke“ zu Döhlen. Tagesordnung: Vortrag über amerikanische Arbeiterverhältnisse. Anträge zur Generalversammlung. Gewerkschaftliches.

Quedlinburg. Sonnabend, 11. März, im „Bürgergarten“ Mitglieder-Versammlung. — Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß uns der Wirth W. Wege im „gold. Anker“ sein Lokal zur Versammlung verweigert hat und ersuchen wir daher, nicht im „gold. Anker“, sondern in der „Herberge zum Preussischen Hof“ zu verkehren.

Riechenbach (i. Volkm.). Sonnabend, 4. März, Abds. 8 Uhr in der „Neuen Welt“, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder. Verschiedenes.

Rendoau. Sonnabend, 4. März, Mitglieder-Versammlung bei Grebe, Thorstraße. Aufnahme. Erhebung der Bei-

träge und der Delegiertenmarken. Tagesordnung im Lokal. — Die säumigen Mitglieder werden aufgefordert, bis zum 4. März ihren Verpflichtungen nachzukommen, widrigenfalls dieselben öffentlich bekannt gegeben werden.

Roskow i. M. Sonnabend, 18. März, Mitglieder-Versammlung in der „Brunnenhalle“. Tagesordnung: Vortrag, Diskussion darüber und Verschiedenes.

Stettin. Dienstag, 7. März, Abends 8 Uhr im Lokale des Herrn Wittmann, „Hotel zum Stern“ in Grabow, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: Beitragszahlung und Aufnahme neuer Mitglieder. Verkündung des Resultats der Delegiertenwahl. Wollen wir Restanten über 7 Wochen in den Mitglieder-Versammlungen publiziren? Statuten-berathung, event. Abänderungsanträge zur Generalversammlung. Verschiedenes. — Das Mitglied Richard Fesner aus Stettin, Buch Nr. 2770 wird ersucht, wegen wichtiger Angelegenheit seine Adresse an Herrn Schmidt, Grabow a/Oder, Oststraße 211 zu senden. — Wir ersuchen die Zahlstellen, welche noch im Besitze von Sammelstücken des Streiks der Krüger'schen Bauhofscheiter sind, nochmals dieselben umgehend an obengenannte Adresse zu senden.

Soran. Montag, 6. März, Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Bonar, Seifersdorf. Tagesordnung: Wahl eines Bevollmächtigten. Zeitungskopirung. Fall Graf, Verschiedenes.

Stuttgart. Samstag, 4. März, Abds. 8 Uhr, öffentliche Plakater-Versammlung in Vogner's Lokal, Christophstraße 9. Tagesordnung: Gründung einer Fachsektion des D. M. V. Referent: H. Schilde.

Wolfenbüttel. Sonnabend, 11. März, Abends 8 Uhr, Versammlung im Lokale des Herrn Buchheister, Wallstraße 7. Tagesordnung im Lokal.

Zwickau. Sonnabend, 11. März, Abds. halb 9 Uhr, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung im Restaurant „Selbener“. Tagesordnung: Kassenbericht für Januar-Februar und Wahl der Revisoren. Bericht des Kollegen Sphora über Aushöhen und Arbeiter-Situation von Zwickau. Wahl eines Vertrauensmannes für Zwickau und Umgegend. Diskussion. — Den Kollegen von Zwickau wird hierdurch berichtet, daß für den 55. Wahlkreis zur Generalversammlung die Genossen August Henne-Glauchau und Benker-Zwickau von berechtigten Mitgliedern als Delegirte gewählt wurden. Ersterer definitiv und letzterer als Ersatzmann.

Anzeigen.

Nachruf.

Am 8. Februar verstarb unser eifriges Verbandsmitglied Johannes Gnade, im Alter von 81 Jahren an der Proletarierkrankheit. Wir rufen ihn ein Ruhe sanft nach. Die Einzelmitglieder des D. M. V. zu Leipzig.

Am 5. Februar starb das Mitglied Willy im Piasa. Ehre seinem Andenken. Mitgliedschaft Harburg.

Vereinigung bringt Nutzen!

Bestellen Sie per Postkarte die bekanntesten Hamburger Federhosen, welche überall in Franco gegen Nachnahme verschickt werden:
schwere Draht. Sorte extra prima 3draht.
1 Stück 6 Mk 1 St. 8 1/2 Mk
2 „ versch. Größe 11 — 2 „ versch. Gr. 16 1/4 „
3 „ „ 15.75 „ 3 „ „ 23 1/2 „
6 „ „ 29.50 „ 6 „ „ 44 „
Die Schnittlänge bitte in Centimetern anzugeben.

D. Schlesinger in Bernburg, Saalplatz 2.

Am Samstag, den 18. Februar, Abends, wurde ein Einkassierbuch mit Marken der Reihengewandmacher von einem Einkassierer von der Wetzsteinstraße bis zum Rathhaus verloren. Der reibliche Finder wird gebeten, das Buch, da es für ihn werthlos ist, in der Exp. ds. Bl. gegen gute Belohnung abzugeben.

Allen Metallarbeitern empfehle ich

echt Hamburger Englisch-Federhosen in allen Größen und Farben

- 1. Qualität (extra stark) Mk 9.50
2. „ „ „ „ „ 8.50
3. „ „ „ „ „ 7.50
franko gegen Nachnahme.
Siegfried Pelz in Nürnberg.

